blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
67.(82.) JAHRGANG
MÄRZ/APRIL 2014

2014 Internationaler Frauentag
Heute für morgen Zeichen setzen

SCHULE
Auslandsschulwesen

TITEL
Frauenrechte

SCHULE
Erzieherinnen brauchen Zeit

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | 3-5

TITEL

Frauenrechte *Ines Schwerdtner/Bärbel Lange* 6
Anleitung zum Glücklichsein *Hiltrud Quast* 7
Drei gute Wünsche *Elke Gabriel* 8
Rund ums Kind *Elke Gabriel* 9
Frauen? Wo? *Inga Kreuder* 11
Let's talk about sex *Ryan Plocher* 12
Roberta hilft *Sven Lehmann* 13

KITA

Früher testen und mehr Druck *Christiane Weißhoff* 15

SCHULE

Große Diskrepanzen *Sigrid Baumgardt* 16
Nase zu und durch *Susanne Reiß/Manfred Triebe* 18
Erklärung zur Schulbaukultur *GGG* 20
Inklusion lässt sich nicht verordnen ... *Hartmut Schurig* 21
Zeit für mehr Qualität *Doreen Siebernik* 24
Auslandsschulwesen *Zentralstelle Auslandsschulwesen* 25

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen 26
Gesichter der GEW 27

GEWERKSCHAFT

Vier Jahre für Doro Zinke *Dagmar Poetzsch/Folker Schmidt* 28

TENDENZEN

Öffentliche Lesekultur – ein Auslaufmodell? *Joachim Neu* 30

GLOSSE

Auf in den Kampf! *Gabriele Frydrych* 31

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

15 KITA Die Sprachförderung in den Kitas soll ausgeweitet und der Druck auf die Eltern, ihr Kind in die Kita zu schicken, erhöht werden. Christiane Weißhoff fragt sich, ob das der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kita dient.

18 SCHULE Sauberkeit und Hygiene in den Schulen bieten immer wieder Anlass zu Besorgnis und Ärger. Und zwar bei allen Beteiligten: SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte. Es wird Zeit, dass sich da etwas tut.

30 TENDENZEN Weil im reichen Deutschland keiner Geld hat, werden immer mehr Schul- und Bezirksbibliotheken geschlossen. Damit die bildungsfernen Schichten nicht auf dumme Gedanken kommen.

TITEL: BRO-CREATIVE/FOTOLIA; UNTEN: SCHÜTZ/PIXELIO; MITTE: NICO SCHMIDT; OBEN: GEHREN/PIXELIO

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Martina Brömme, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne, Josef Hofmann
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207
3-4/2014: 25.000

LEUTE

Lore Kujawa ist von der GEW-Frauenversammlung leider erfolglos für den Berliner Frauenpreis 2014 vorgeschlagen worden. Der Preis geht an das Feministische FrauenGesundheitsZentrum. Die GEW-Frauen wollten mit ihrem Vorschlag Lores außergewöhnliches Engagement als Schulleiterin, Personalrätin, Landesvorsitzende der GEW, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte für Frauenrechte, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte würdigen. 1995 koordinierte sie die Friedenswoche »50 Jahre Kriegsende«. 2001 wurde sie bei der Plakataktion »Frauen bewegen Berlin« unter 1000 Vorschlägen als eine von zehn Frauen ausgewählt.

Lieselotte Stockhausen-Doering ist weiterhin Vorsitzende des Landeselternausschusses (LEA). Sie setzte sich bei der Wahl am 24. Januar mit 13 zu 10 von 24 Stimmen durch. Mit in den Vorstand des LEA wurden weiter gewählt Nicole Atmaca, Detlef Lange und Jens Kaminski.

Janosch Jassim heißt der neue Vorsitzende des LandesschülerInnenausschusses (LSA). Jassim war vorher Finanzreferent des Gremiums gewesen, ist 19 Jahre alt und Schulsprecher der Max-Beckmann-Oberschule in Reinickendorf. Jassim will sich insbesondere darum kümmern, dass in allen Schulen SprecherInnen gewählt werden und offener über das Thema »Sexuelle Vielfalt« gesprochen wird.

Uwe Bettig ist neuer Rektor der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH). Der Gesundheitswissenschaftler und Ökonom tritt sein Amt zum 1. April 2014 an. Das bisherige Rektoratsteam um Thea Bode, die seit 2010 die ASH führte, hatte nicht mehr kandidiert. Die Hochschule hat 3.000 eingeschriebene Studierende und befindet sich in Hellersdorf.

Erhard Schwandt war der Autor unserer Glosse im Januar-Heft. Leider sind die Infos zu seiner Person vergessen worden. Schwandt war von 1973 bis 2006 Lehrer an der Bettina-von-Arnim-Oberschule und leitete zwanzig Jahre lang die Literaturwerkstatt in der Jugendkunstschule ATRIUM. 1996 ist mit »Lehrer sind faule Säcke« sein wohl bekanntestes Buch erschienen.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Protest lohnt sich

Plötzlich geht es: Alle Berliner Lehrkräfte ab 58 erhalten Altersermäßigung

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN

Das hat es lange nicht gegeben: Die Senatorin wirft ihre Führungskompetenz in die Waagschale und korrigiert gründlich, was die zweite Reihe ihres Hauses an Unmöglichkeiten angerührt hat. Respekt, Frau Scheeres! Die Altersteilzeit wird nun gänzlich vom Unterrichtsvolumen sowie der erteilten Stundenzahl abgekoppelt. Halten wir diesen positiven Richtungswechsel zuerst einmal anerkennend fest, bevor wir ins Detail gehen!

Ohne Vorbereitung, Organisation, Analyse, Auswertung kann Unterricht nicht erfolgreich stattfinden. Die Geringschätzung dieser außerunterrichtlichen Arbeiten durch einige Damen und Herren der Senatsverwaltung scheint immer wieder durch. Die Entscheidung der Senatorin lässt hier zwar eine gewisse Korrektur erkennen, aber inzwischen ist schon viel Porzellan zerschlagen worden. Insbesondere waren dabei jene brüskiert worden, die als SchulleiterInnen, FachbereichsleiterInnen und in vielen anderen Funktionen wesentlich für die Umsetzung der zahlreichen Reformen und die vielfältige tägliche Kleinarbeit verantwortlich sind, ohne die Unterricht und Ganztag nicht erfolgreich stattfinden kann.

Da wurde am grünen Tisch von schulfernen Verwaltungsbeamten ein Modell zur Beendigung der Arbeitszeitkonten entwickelt, das nur auf den Widerstand der Betroffenen stoßen konnte, auch wenn der Finanzsenator wohl ganz zufrieden gewesen wäre mit dieser eher für ihn erdachten Lösung. Vorauseilenden Gehorsam nennt man das gemeinhin. Nebenbei wird die gesetzlich vorgegebene Mitbestimmung einfach „vergessen“. Und der Gesetzgeber und die aktuelle Gesetzeslage werden schlicht ignoriert. Dieses Vorgehen zeugt von einem ziemlich gestörten Verhältnis zu anerkannten demokratischen Verfahrensweisen.

Wie ist nun die Sachlage? Auch nach der jüngsten Wende bleibt es leider dabei, dass die Beendigung der Arbeitszeitkonten (AZK) gleichzeitig eine Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte ist. Außerdem werden weitere verpflichtende Schultage festgelegt – was die Arbeitszeit für alle noch einmal erhöht. Die geplante Altersermäßigung kompensiert den Verlust der AZK nur unzureichend und lässt zudem jüngere Lehrkräfte jahrelang nicht daran teilhaben.

Und bei allem Applaus für die Kehrtwende der Bildungssenatorin: die Regelung zur Abgeltung der angesammelten Ansprüche ist in Ordnung, aber auch nicht mehr. Der Versuch der Senatorin, mit dem im April verkündeten „Attraktivitätspaket“ die schlechte Realität in eine gute umzudeuten, ist gründlich gescheitert. Eine gute und attraktive Schule baut auf Wertschätzung und Motivation der Beschäftigten auf. Dazu gehört, dass die Unterrichtsverpflichtung wieder gesenkt wird, Brandenburg macht uns das gerade vor. Die Arbeitsbedingungen müssen ein gesundes Arbeiten bis zur Regelaltersgrenze ermöglichen. Dazu muss Entlastung organisiert werden!

Gute Bildungsarbeit lässt sich nur mit den PädagogInnen organisieren und nicht gegen sie. Hier steht die GEW der Senatsbildungsverwaltung als Ideengeber gern zur Verfügung. Wir können in Sachen tatsächlicher Attraktivitätssteigerung durchaus praxistaugliche Gedanken beisteuern.

Am 27. Januar 2014, dem Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus, hat die GEW BERLIN zusammen mit »Schule ohne Rassismus« und Lesben- und Schwulenverbänden der homosexuellen Opfer an der Gedenktafel am U-Bahnhof Nollendorfplatz gedacht. Das Foto zeigt Sanem Kleff (SOR) und Doreen Siebernik (GEW). FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

OSZ: Weder Wärmestuben noch tolle Ausbildungsplätze

Pit Rulff, Schulleiter der Ernst-Litfaß-Schule (OSZ Druck- und Medientechnik), beschwert sich in einem Offenen Brief über das ewig gleiche Gezetere der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Berlin: »Jedes Jahr von Neuem um diese Zeit beginnt das Gezeter und Gezerre der IHK um die jungen Menschen, die angeblich in den Wärmestuben der Oberstufenzentren überwintern, statt sich auf tolle Lehrstellen zu bewerben. Im Gegensatz dazu folgt ein halbes Jahr später regelmäßig die Klage, dass die Jugendlichen nicht ausbildungsreif sind und in der Schule nichts Ordentliches gelernt haben. Diese beiden Aussagen passen nicht recht zueinander. Das Ziel der attackierten schulischen Bildungsgänge ist es ja gerade, diese Jugendlichen auf die Ausbildung vorzubereiten. Da hätten wir gerne mal ein Lob. Stattdessen wird jedes Jahr derselbe Nebel in die Diskussion geblasen. Vernebelt werden soll die eigene Verantwortung dafür, dass ein Drittel der Jugendlichen die Ausbildung im ersten halben Jahr abbricht. Das sind dann rechnerisch die Stellen, die wieder offen sind. Gründe und Ursachen dafür gibt es verschiedene. Sie liegen aber mit Sicherheit nicht bei den Oberstufenzentren und deren Bildungsangeboten. Wir wünschen uns eine stärkere Unterstützung der Kammern und Betriebe bei Vermittlungsaktionen in unseren Schulen. Mein Appell am Schluss: Nicht jedes Jahr wieder rufen »Die Mauer in Berlin muss weg« – sie ist schon vor bald 25 Jahren gefallen. Aber manch einer ist halt zu Mauerzeiten hier sozialisiert worden.«

Zehn Jahre Berliner Bildungsprogramm?

Seit 2004 gibt es für die Berliner Kitas das Berliner Bildungsprogramm. Es bildet den Rahmen für die Arbeit mit Kindern in den Kitas und soll den ErzieherInnen als Hilfe dienen, alle Kinder möglichst umfassend zu fördern und auf die Schule vorzubereiten. Das hochgelobte Programm ist jetzt überarbeitet worden und soll im Herbst 2014 in einer aktualisierten Fassung erscheinen. Berlin hat mit diesem Programm Vorbildfunktion. Wie es in den anderen Bundesländern aussieht, listet Martin R. Textor auf: Auf seiner Internetseite findet man auch die Links zu den unterschiedlichen Programmen: www.kindergartenpaedagogik.de/1951.html

Warnstreiks am Jüdischen Gymnasium und bei der aktion weitblick

Am 20. Januar 2014 haben 30 Lehrkräfte des privaten Jüdischen Gymnasium in Mitte einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt. Sie wollen damit Tarifverhandlungen erreichen und eine Erhöhung ihrer Gehälter. Die Beschäftigten des Jüdischen Gymnasiums mussten in den vergangenen zwölf Jahren Reallohneinbußen von zehn Prozent hinnehmen, weil die Jüdische Gemeinde Berlin ihre Gehälter seit 2002 nicht mehr erhöht hat. Ähnlich sieht es beim freien Träger aktion weitblick aus. Die Beschäftigten dort sind seit vielen Jahren von der Gehaltsentwicklung des öffentlichen Dienstes in Berlin abgekoppelt. Deswegen haben am 29. Januar die KollegInnen mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt, um die Aufnahme von Tarifverhandlungen und die Erhöhung ihrer Gehälter zu erreichen. In beiden Fällen gab es eine hohe Beteiligung der Beschäftigten an den Warnstreiks.

Erweiterte Schulleitung nicht nur für Lehrkräfte

Künftig sollen alle stimmberechtigten Mitglieder der Gesamtkonferenz und nicht, wie bisher, nur Lehrkräfte Mitglied der erweiterten Schulleitung werden können. Eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes ist im Januar 2014 vom Berliner Senat eingebracht worden. Stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtkonferenz, die seltsamerweise weiterhin »Gesamtkonferenz der Lehrkräfte« heißt, sind alle »an der Schule tätigen Lehrkräfte und eigenverantwortlich erzieherisch tätigen Personen« (§ 79), also auch Erzieherinnen, Sozialpädagogen und andere. Die GEW BERLIN begrüßt diese seit Langem von ihr geforderte Änderung als einen Schritt in die richtige Richtung zur Anerkennung der veränderten Personalstruktur an den Schulen.

Sprachförderung in den Kitas wird ausgeweitet

Das 2004 gestartete Bildungsprogramm habe den Sprachförderbedarf der Viereinhalbjährigen von 17,1 Prozent im Jahr 2010 auf 15,8 Prozent im Jahr 2013 gesenkt, erklärte Bildungssenatorin Sandra Scheeres gegenüber der Presse. Jetzt soll die Sprachförderung noch weiter ausgebaut werden: Die Kinder werden künftig ein halbes Jahr früher getestet und kommen damit auch ein halbes Jahr länger in die Sprachförderung, deren Umfang zudem von drei auf fünf Stunden erhöht wird. Der Druck auf jene Eltern, die ihre Kinder entweder nicht zum Sprachtest bringen oder nicht in die Förderstunden, wird erhöht. Es droht ein Bußgeld bis maximal 2.500 Euro. Von den 4.684 Kindern mit Sprachförderbedarf sind 36,7 Prozent deutscher Herkunft und 63,3 Prozent haben ausländische Wurzeln.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Standpunkt »Feedback-Kultur«, *Februar-blz 2014*

Sehr geehrte Frau Scheeres! Vielen Dank für die Darstellung Ihrer Position zur Selbstevaluation in der *blz*. Sie begrüßen und loben das seit vier Jahren bestehende Selbstevaluationsportal, das das Institut für Schulqualität Berliner Lehrkräften zur Rückmeldung für Schüler zur Verfügung stellt. Diese Selbstevaluationsmöglichkeit halten Sie auch für sinnvoll für Schulleitungen und die Schulaufsicht. Warum nicht auch für die Senatsbildungsverwaltung und für Sie selbst als Bildungssenatorin? Ist es Zufall, dass Sie sich selbst vergessen haben? Oder liegt der Grund in der Einleitung Ihrer Darstellung? Zitat: »Viele Führungskräfte tun sich schwer mit einer Beurteilung durch ihre ... Mitarbeiter. Dahinter steckt ... die Angst, sich mit einem Ergebnis auseinandersetzen zu müssen, weil es eben nicht nur voll Anerkennung sein könnte. ...Es gehört Offenheit, Mut und Vertrauen dazu, das eigene Handeln zu reflektieren und auch zu hinterfragen, sich in einen Diskurs mit anderen über gemeinsame Herausforderungen zu begeben.« So weit Ihre eigenen Worte, Frau Scheeres. Sicherlich haben Sie keine Angst, sondern die Offenheit und den Mut zu einer Selbstevaluation mithilfe der Berliner Lehrkräfte. Denn die Vorteile solch einer Evaluation liegen auf der Hand, wie Sie selbst begründen: »Da geht es ... um ... die Möglichkeit ... mögliche Wahrnehmungsunterschiede zu klären und Verbesserungsmöglichkeiten zu besprechen. Wer ... befragt, leistet damit vor allem einen wichtigen Beitrag für größere Zufriedenheit bei allen Beteiligten. ... Dadurch wird eine für die Schule notwendige Feedback-Kultur gestärkt, die Qualitätsprozesse befördert.« Ihre Argumente überzeugen. Vertrauen Sie ihnen! Auf zur Selbstevaluation, Frau Scheeres! Diese Maßnahme wird der Berliner Bildungspolitik neue Impulse geben und Qualitätsprozesse befördern. Es ist erstaunlich, dass das Institut für Schulqualität noch nicht auf diese Idee gekommen ist.

Ekkehard Skoring
Lehrer in Nord-Neukölln seit 1977

LeserInnenbriefe Großpietsch, *Januar-blz 2014*

Ja, Kollege Jens Großpietsch ist schon ein hervorragender Leiter, der Stellungnahme des Kollegiums ist nur zuzustimmen. In der Gewerkschaft hatte Jens ebenfalls im Vorstand des damaligen Bezirks Tiergarten gute Arbeit geleistet. Dass er dann die GEW verlassen hat, haben wir sehr bedauert. Der Grund damals – die undurchsichtige Politik des Landesvorstandes. Seine Bemerkung, dass die Hälfte der LehrerInnen im falschen Beruf sind, hält ein gestern befragter Konrektor einer Charlottenburger Gesamtschule für untertrieben, ich übrigens auch, nach über zehn Jahren als Elternsprecher. Über andere Bereiche bestehen ähnliche Einschätzungen (Polizisten, Politiker). Und die Schulverwaltung – da muss ich mich als ehemaliger Personalrat leider zurückhalten.

Waldemar Klemm, ehemaliger Vorsitzender der GEW Tiergarten

TERMINE DER WAHLEN IN DEN BEZIRKEN UND FACHGRUPPEN DER GEW BERLIN 2014

10.03	19.00 Uhr	FG Gymnasien	GEW-Haus
11.03	17.00 Uhr	MV Marzahn-Hellersdorf	Siemens-Gymnasium
12.03	19.30 Uhr	MV Steglitz-Zehlendorf	Fichtenberg-Oberschule
17.03	17.00 Uhr	MV Mitte	GEW-Haus
19.03	18.00 Uhr	MV Neukölln	Otto-Hahn-Schule
20.03	19.30 Uhr	MV Charlottenburg-Wilmersdorf	Robert-Jungk-Oberschule,
20.03	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	GEW-Haus
24.03	18.00 Uhr	FG ISS/GMS	GEW-Haus
26.03	18.00 Uhr	Abt. Kinder-, Jugendhilfe u. Sozialarbeit	GEW-Haus
26.03	20.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit	GEW-Haus
02.04	17.00 Uhr	MV Treptow-Köpenick	Grundschule a.d. Alten Feuerwache
02.04	17.00 Uhr	MV Lichtenberg	Carl-von-Linné-Schule
02.04	18.00 Uhr	MV Spandau	Kulturhaus Spandau
07.04	18.00 Uhr	MV Tempelhof-Schöneberg	Robert-Blum-Gymnasium
10.04	18.00 Uhr	FG Kindertageseinrichtungen	GEW-Haus
12.05	18.00 Uhr	FG Sozialpäd. Aus-, Fort- u. Weiterbildung	GEW-Haus

ÜBRIGENS

Die Rubrik »Gesichter der GEW« kommt bei den Redaktionsmitgliedern gut an. Wir sagen den auserkorenen KollegInnen als Hilfe immer, dass sie die Fragen ernsthaft, unernsthaft, unsinnig oder absurd und zudem gemischt beantworten dürfen. Und bei der Auswahl kann ja nie eine falsche Antwort kommen. Hoffentlich gefällt es auch der Leserschaft; wir hatten noch keine Reaktionen …

Per Zufallspfeilwurf auf die Mitgliedsdatei wählen wir die befragten Mitglieder aus. Mal sehen, wen wir da noch ins Heft bekommen. Es sind ja nur zwölf Personen im Jahr, also eine klitzkleine Auswahl aus der Mitgliedschaft. Wir sind gespannt auf unsere nächsten Zufallstreffer.

Diese blz ist wegen der Osterferien ein Doppelheft, deshalb haben wir bei der Redaktionssitzung vorgesorgt, dass bis kurz vor Druckbeginn noch etwas ins Heft gehoben werden kann. Glücklicherweise war nichts los, denn man kann zwar vorsorgen, aber solche Umstellungen in letzter Minute machen auch nicht wenig Arbeit.

Wir wünschen ein schönes Osterfest und gute Erholung in den dazugehörigen Ferien. *RED.*

Redaktionsschluss blz 5/2014: 28. März 2014
Redaktionsschluss blz 6/2014: 2. Mai 2014

FOTO: BERT BUTZKE

Alles, was

Ein Plädoyer für die Erweiterung

von Ines Schwerdtner und Bärbel Lange, LA Frauenpolitik

FOTO: PRIVAT

Ines Schwerdtner

Das Titelthema dieser Ausgabe zu Frauen und ihren Rechten – ist das nicht überholt? Sind wir nicht schon weiter? Haben wir nicht schon politische, wirtschaftliche und soziale Rechte erstritten, das Private ins Öffentliche geholt, sind wir der Gleichstellung nicht ein gutes Stück näher?
Ja und nein. Wenn wir Rechte in dieser Ausgabe als etwas fassen, dass nur politische Rechte im Sinne eines Wahlrechts meint, dann haben wir durch die drei Wellen der Frauenbewegung viele elementare Rechte erkämpft. Aber auch gesetzlich ist eine Gleichstellung in vielen Bereichen, etwa der Steuer- und Rentenpolitik, noch nicht vollendet. Sprechen wir außerdem von allem, was gerecht ist, sind wir von einer ganzheitlichen Gleichstellung noch weit entfernt.
In dieser Ausgabe soll es daher um beides gehen: um die Frauenrechte, die wir als Gesetze kennen und um unsere Lebenswirklichkeit in Bezug auf diese Rechte. Außerdem soll es um die Erfahrungen des Alltags gehen, die unserem Gerechtigkeitsempfinden widersprechen, die wir als Diskriminierung wahrnehmen und die uns bei der Arbeit, in der Gewerkschaft, auf der Straße und Zuhause – also überall und täglich – widerfahren.

Anleitung zum Glücklichsein

Über gendergerechte Personalentwicklung

von Hiltrud Quast, Frauenvertreterin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wieder einmal war die Geburt überraschend schwer. Mit großem Weh und Ach und einjähriger Verspätung sind die regionalen Frauenförderpläne endlich fertig. Die Ergebnisse sind Personalpolitik vom Feinsten – demokratisch, praktisch, gut. Im Frauenförderplan als wesentlichem Baustein der Personalentwicklung geht es um Quoten in Leitungsstellen und Funktionen, um kommissarische Stellenbesetzungen, um die Auswertung von Dienstlichen Beurteilungen, familienkompatible Arbeitsbedingungen, Schutz vor sexueller Belästigung, geschlechtersensiblen Sprachgebrauch und um Maßnahmen zur Gesunderhaltung. Nicht alles, was Frauenvertreterinnen vorschlugen, wurde aufgegriffen. Aber vieles davon

Böse Zungen behaupten, es gäbe ein innerbehördliches Immunsystem, das immer dann mobil wird, wenn es nach Gleichberechtigung riecht. Auf rätselhafte Weise sollen in der Vergangenheit Frauenförderpläne in dunklen Schubladen verschwunden sein. Kaum jemand soll sie gelesen, geschweige denn angewandt haben.

Mit den neuen Plänen wird vielleicht alles besser. Jede Region hat ihre eigene Bestandsaufnahme vorgenommen, eigene Ziele gesteckt und eigene Maßnahmen entwickelt. Die Verantwortung für die aktive Umsetzung liegt nun noch deutlicher in den Händen der regionalen Schulaufsicht und den regionalen Schulleitungen. Für diejenigen, für die Gleichstellung eine Selbstverständlichkeit ist, gehörte dies zum normalen Alltag. Bei den anderen bin ich hoffnungsfroh.

Jetzt gilt es, Ziele und Maßnahmen in der ersten Gesamt- und Schulkonferenz bekannt zu machen. Hier sind die Schulleiterinnen und Schulleiter in der Pflicht. Denn erst wenn alle Kolleginnen und Kollegen wissen, welche Rechte und Möglichkeiten im Frauenförderplan stecken, können sie auch genutzt werden.

Und wenn die Inhalte dann noch mit Schwung vorangetrieben werden, sind wir dem Ziel einer gerechteren Berliner Schule ein erhebliches Stück näher gekommen.

Dabei müssen alle mithelfen!

FOTO: PRIVAT

Hiltrud Quast

Recht ist!

des Themas Frauenrechte

Wir wollen uns also fragen: Was hat unser Alltag mit Frauenrechten zu tun? Hören die Frauenrechte auf wichtig zu sein, wenn wir nach Hause kommen und uns der Hausarbeit und der Versorgung der Kinder oder Älteren widmen? Gerade als Menschen, die im Bildungsbereich arbeiten und im hohen Maße für die Versorgung der Gesellschaft »zuständig« sind, sollten wir über deren gerechte Verteilung diskutieren.
Nicht zuletzt beschäftigt uns die Kategorie des sozialen Geschlechts (Gender) tagtäglich und oft ohne es bewusst zu merken. Mit einem bestimmten sozialen Geschlecht gehen auch bestimmte Rollenverteilungen und Klischees, damit auch oft Urteile und Diskriminierung einher. Dies in unserem Leben aufzudecken, Rollenverteilungen kritisch zu hinterfragen und auch den Unterricht daraufhin zu sensibilisieren, ist ebenfalls eine Sache des guten Rechts – des guten Rechts all derer, die in den gegebenen Geschlechterverhältnissen aufwachsen oder bereits lang mit ihnen leben. Schließlich stellen wir ermutigende Beispiele vor, die davon sprechen, wie sich Frauen ihr Recht nehmen, das zu tun, was in vergangenen Zeiten Männern vorbehalten war und wie Frauen andere Sichten, Prioritäten, Perspektiven eröffnen.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Bärbel Lange

Drei gute Wünsche

Interview mit Gunilla Neukirchen, Schulleiterin des Beethoven-Gymnasiums in Lankwitz und neue Vorsitzende der Vereinigung der Berliner Schulleitungen in der GEW (VBS)

Das Interview führte Elke Gabriel, Frauenvertreterin in Tempelhof Schöneberg

Gunilla, seit wann bist du die neue Vorsitzende der VBS?

GUNILLA NEUKIRCHEN: Ich wurde auf der Mitgliederversammlung im November 2013 gewählt. Seit 2010 arbeite ich im erweiterten Vorstand des VBS und war gemeinsam mit Christiane Freund seit November 2012 stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung.

Hast du dich auf den Vorsitz beworben oder wurdest du gefragt, diese Position zu übernehmen?

Der Vorsitz der VBS in der GEW ist mit Erhard Laube, Wolfgang Harnischfeger, Ellen Hansen, Paul Schuknecht, Uta Schröder traditionell von sehr starken Persönlichkeiten eingenommen worden. Das und die Verantwortung für ein solches Amt sowie der Zeitaufwand haben mich lange zögern lassen, für den Vorstand zu kandidieren. Inzwischen bin ich sehr froh, dass ich mich dazu entschieden habe. Diese Position gibt mir die Möglichkeit, trotz der vielen, oft so unnötig entstehenden Probleme, die tagtäglich den Alltag der Schulen mühsam machen, nicht zu implodieren, sondern daraus einen Veränderungswillen und Veränderungsstrategien abzuleiten.

Was reizt dich an der neuen Aufgabe als Vorsitzende und wirst du etwas anders als deine Vorgänger machen?

Ex positivo: Mich reizt die Möglichkeit, die Berliner Schule als System im Sinne der SchülerInnen zu verbessern und das im intensiven Austausch in unserem erweiterten Vorstand, in dem wir sehr offen und konstruktiv diskutieren und entscheiden, sowie in Abstimmung mit unseren Mitgliedern und der GEW-»Mutter«.

Ex negativo: Es erfüllt mich mit Bitterkeit zu sehen, dass Berlin die Gelder, die es angeblich nicht hat, in Millionenhöhe in den Schönefelder Sand gräbt, anstatt mehr in die Bildung und damit die Zukunft unserer Kinder zu stecken. Wie viel wir mit unserer VBS-Arbeit bewegen können, weiß ich gegenwärtig noch nicht – in meinen dunklen Momenten denke ich, dass wir schon zufrieden sein können, wenn wir Schlimmeres verhindert haben.

Aber dann gibt es wieder Impulse wie nach unserer Vorstandsklausur, auf der wir unsere Strategie für dieses Jahr erarbeitet haben. Wir werden uns besonders beschäftigen mit der Personalentwicklung, den Ressourcen an den Schulen und der Lehrkräftebildung. Und wir wollen das Netzwerk mit unseren Mitgliedern enger knüpfen; wir werden zunehmend auch mit den anderen Schulleiterverbänden zusammenarbeiten in den Bereichen, in denen es gemeinsame Positionen gibt. So haben wir Mitte Januar eine Protestnote an die Senatorin und den Staatssekretär formuliert, in der alle Schulleiterverbände gegen die Nichtgewährung der Altersermäßigung für Schulleitungen und Leistungsträger in der Schule protestieren.

Gunilla Neukirchen FOTO: PRIVAT

Wie viele Mitglieder hat die VBS und wie ist die Verteilung der Geschlechter?

Insgesamt sind knapp 200 Mitglieder in der Vereinigung. Das sind all jene, von denen der GEW bekannt ist, dass sie Schulleiterin oder stellvertretende Schulleiter sind. Das Geschlechterverhältnis ist dabei ziemlich ausgewogen: 91 Kolleginnen, 102 Kollegen.

Die Personalentwicklung und die aktive Frauenförderung ist die tragende Säule im regionalen und Berlin weiten Frauenförderplan (FFPL). Damit sollen Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen sowie zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingeleitet werden. Spielt die aktive Frauenförderung in der VBS ebenfalls eine zentrale Rolle, wird in der Satzung hierauf Bezug genommen?

Im Rahmen des Vorstandes leben wir die Gleichberechtigung, aber sie ist nicht zentral in unserer Satzung verankert und kommt in der Flut der Probleme leider noch zu kurz. Das ist in meiner alltäglichen Arbeit anders, wo die Arbeitsbedingungen für Frauen (aber auch der Väter!) an meiner Schule im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Wert haben.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt du dir in der Vereinigung?

Jede Schülerin und jeder Schüler in Berlin soll unabhängig von Herkunft, familiärem Umfeld und Begabungsprofil möglichst gut gefördert werden und ihr/sein Potential entfalten können. Deswegen setze ich mich ein für bessere Ressourcen für SchülerInnen und LehrerInnen in den Schulen (Stichworte Belastung, Förderung, Inklusion) für ein Wiederaufleben der Fortbildung für Lehrkräfte und für klare Bildungskonzepte, die nicht von finanziellen Engpässen, sondern von den Bedürfnissen der SchülerInnen bestimmt werden.

Eine bildungspolitische Zauberfee erfüllt dir drei Wünsche. Welche sind das?

Nur drei? Nun denn: Ich würde mir als Erstes wünschen, dass die Grundschulen deutlich besser ausgestattet werden. In den Grundschuljahren werden die Chancen der Kinder vergeben – in doppeltem Sinne: sie werden verteilt, aber auch verspielt. Die GrundschulkollegInnen leisten trotz der schlechten Ausstattung und Rahmenbedingungen großartige Arbeit – was könnten sie noch alles bewegen bei guten Rahmenbedingungen!

Ich würde mir als Zweites wünschen, dass Senat und Verwaltung uns PraktikerInnen aus den Schulen als gleichwertige PartnerInnen ansehen und uns stärker als bislang in die Entscheidungsfindung und Ausgestaltung einbeziehen. Grundsätzlich sollte Bildung Priorität genießen, und zwar auch im Alltag, nicht nur in Wahlkampfzeiten! Hier geht es um die Zukunftschancen unserer Kinder.

Ich würde mir als Drittes wünschen, dass eine Lehrkraft ihren Beruf so ausüben kann, wie sie es sich erträumt hat, als sie LehrerIn wurde. Dazu müsste die zu hohe Belastung gesenkt werden, bessere Ressourcen bereitgestellt und Lehrkräfte in die Gestaltung der Bildungskonzepte eingebunden werden. Außerdem würde ich mir noch wünschen, dass Elfjährige in Berlin nicht mehr auf einen NC hin getrimmt oder auf Schulplätze verlost werden.

Danke für das Gespräch!

Rund ums Kind

Ein kleiner Ratgeber zum Thema Schwangerschaft und Schule

von Elke Gabriel, Frauenvertreterin Tempelhof-Schöneberg

In keinem der letzten fünf Jahre gab es in meiner Region Tempelhof-Schöneberg so viele Schwangerschaftsmeldungen wie in diesen ersten vier Monaten des Schuljahres 2013/14. Klingelte in dem letzten gesamten Schuljahr sechzig Mal das Telefon und eine Schulleiterin oder ein Schulleiter meldete eine Schwangerschaft, gab es diese Meldung bereits vierzig Mal bis Anfang Dezember 2013. In meiner Funktion als Frauenvertreterin wird mir zudem die sogenannte Gefährdungsbeurteilung zugesandt, die für jede Schwangere durch die Schulleitung erstellt werden muss, sobald diese Kenntnis von der Schwangerschaft erhält. Ich überprüfe dann, ob die Schutzrechte des Arbeitsplatzes für die Schwangere gewahrt werden. Die schwangere Kollegin nimmt dann die ausgefüllte Gefährdungsbeurteilung mit zum betriebsärztlichen Dienst.

Sollte die Betriebsärztin oder der Betriebsarzt feststellen, dass die Schwangere schon vor Eintritt der Mutterschutzfrist (sechs Wochen vor der Entbindung) nicht mehr arbeiten kann oder kein ausreichender Immunschutz gegen spezielle Infektionskrankheiten (Kinderkrankheiten) vorliegt, erhält sie ein befristetes Beschäftigungsverbot im Rahmen einer Schwangerschaft. Für Angestellte und Beamtinnen bedeutet das, dass das übliche Gehalt bis zur Mutterschutzfrist weiterbezahlt wird.

Wie muss der Arbeitsplatz gestaltet sein?

Die meisten schwangeren Kolleginnen sind heute angestellt, darum gilt für sie das Mutterschutzgesetz (MuSchG). Für Beamtinnen trifft die Mutterschutzverordnung (MUSchVO) zu – beide müssen öffentlich in der Schule ausliegen oder aushängen. Das MuSchG und die MUSchVO benennen Arbeiten, die Schwangere und Stillende nicht ausführen dürfen. Es handelt sich um »schwere körperliche Arbeiten« und solche, von denen »schädliche Einwirkungen« oder »erhöhte Unfallgefahr« ausgehen können. Dies bedeutet für die werdende Mutter:

- keine Mehrarbeit
- keine Pausenaufsichten
- keine gefährlichen Arbeiten, wie zum Beispiel Sport- und Schwimmunterricht
- keine Nachtarbeit (keine Elternabende nach 20 Uhr)
- Ruhemöglichkeit (Liegemöglichkeit in der Schule, extra Raum)

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Elke Gabriel

- Es besteht keine Verpflichtung zur Begleitung von Ausflügen oder Wandertagen.

Mindestens einmal im Jahr wiederholt sich jedoch die Diskussion über die Zumutbarkeit: Können Referendarinnen und Lehrkräfte Sportunterricht erteilen? Wir als Frauenvertreterinnen haben hier eine eindeutige Position: Der Sportunterricht stellt eine erhöhte Unfallgefahr dar (MuSchG/MuSchVO § 4).

Schulleitungen sind wegen möglicher Spätfolgen und Regressansprüche gut beraten, den schwangeren Kolleginnen den weitestgehenden Schutz zukommen zu lassen und in Zweifelsfällen im Interesse der Gesundheit der werdenden Mutter zu entscheiden. Das heißt dann, dass die schwangere Kollegin keinen Sport- und Schwimmunterricht erteilt.

Elternzeit und Elterngeld

Die meisten Fragen der KollegInnen betreffen den Anspruch auf Elternzeit. Spätestens sieben Wochen vor dem Beginn muss das Elternzeitbegehren schriftlich bei der Personalstelle eingegangen sein. Zu bedenken ist hier der zeitliche Vorlauf des Dienstweges (über Schulleitung, Schulaufsicht, Personalstelle). Auch wenn die Gesetzeslage eine Festlegung über einen Zeitraum von zwei Jahren vorsieht, ist es im Schulbereich langjährige Praxis, dass kürzere Zeiträume, wie beispielsweise ein halbes Jahr oder ein Jahr bewilligt werden.

Das Elterngeld ist als eine steuerfreie Lohnersatzleistung konzipiert. Es geht von der Erwerbstätigkeit der Mütter aus und setzt mit Partnermonaten auf Väter beziehungsweise Lebenspartner sowie Lebenspartnerinnen, die sich stärker an Familienaufgaben beteiligen. Zwei zusätzliche Partnermonate kommen nur zu den 12 Monaten eines Partners hinzu, wenn der jeweils andere Partner oder die Partnerin ebenfalls Elternzeit beantragt.

Alleinerziehenden stehen die 14 Monate ebenfalls zu. Tatsächlich ist seit der Einführung der »Partnermonate« die Beteiligung von Vätern an Elternzeiten in der Region Tempelhof-Schöneberg angestiegen: Waren es 2007 noch 5 Prozent, so 2012 schon 25 Prozent.

Und wenn das Kind krank ist?

Nicht alle Beschäftigten haben das Glück, dass die sich bereits in Rente oder Pension befindenden Eltern um die Ecke wohnen und sich um die lieben Enkel kümmern können, wenn Windpocken, Scharlach oder sonst etwas beim Kind ausgebrochen sind. Die Regelungen hier sind umfänglich. Anspruch haben angestellte Beschäftigte auf zehn Tage pro Kind (unter 12 Jahren) und Kalenderjahr, wenn es erkrankt ist. Alleinerziehende haben den doppelten Anspruch.

Weitere familienfreundliche Regelungen

Gestärkt werden die Rechte der Beschäftigten in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit den neuen regionalen Frauenförderplänen 2013–2015. In Tempelhof-Schöneberg gelten hier zum Beispiel folgende Regelungen:

- Um den entsprechenden Informationsfluss sicherzustellen, bieten Schulleitungen Wiedereinstiegsgespräche zeitnah von sich aus an.
- Die Schul- und Abteilungsleitungen sowie die koordinierenden ErzieherInnen besprechen bei Abweichung von den begründeten Einsatzwünschen vor der Unterrichtsverteilung und Stundenplan- beziehungsweise Dienstplanerstellung mit den Betroffenen folgende Regelungen:
  - Dienstbeginn und -ende in Abstimmung mit den Kindertageseinrichtungen,
  - Verteilung von Springstunden zur Vertretung,
  - Teilnahme an SchülerInnenfahrten sowie
  - familienfreundliche Regelungen bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen und Aktivitäten.

  Bei Abweichungen von begründeten Einsatzwünschen sucht die Schulleitung beziehungsweise die Koordinierende Erzieherin oder der Koordinierende Erzieher mit den Betroffenen vor einer abschließenden Entscheidung das Gespräch. Dies soll zeitlich so anberaumt werden, dass noch die Möglichkeit einer Einigung besteht.
- Die Schulleitung sorgt dafür, dass bei unausweichlichen Engpässen Beschäftigte mit kleinen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen von einzelnen Konferenzen oder sonstigen schulischen Veranstaltungen freigestellt werden. Beschäftigte, die sich noch in Elternzeit befinden, sind von Mehrarbeit auszunehmen.

Nutzt diese umfangreichen Rechte! Wir Frauenvertreterinnen beraten und unterstützen dabei gern. ■

FOTO: DETAILBLICK/FOTOLIA

Frauen? Wo?

Die Ergebnisse einer Analyse politikdidaktischer Materialien

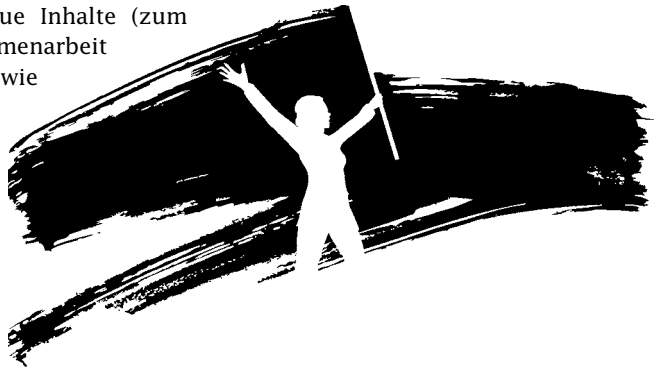
von Inga Kreuder, Junge GEW

Eigentlich sind wir (in Berlin) ja schon einen Schritt weiter: im Februar 2014 fand hier zum ersten Mal der Queer History Month statt. Eine Kooperation der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft mit dem Arbeitsbereich Didaktik der Geschichte an der Freien Universität Berlin und der Bildungsinitiative Queerformat will Jugendliche damit für die Vielfalt sexueller Lebensweisen und Lebensstile sensibilisieren (auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg unter der Rubrik »sexuelle Vielfalt« zu finden). Eine stichprobenartige Analyse politikdidaktischer Materialien, die 2013 im Rahmen eines Seminars zur Politikdidaktik an der FU von einigen Studierenden durchgeführt wurde, zeigt die dringende Notwendigkeit solcher Angebote. Der Blick auf die dort verwendeten Abbildungen und AutorInnenschaft offenbart gleichzeitig, dass wir nicht einmal in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern bisher besonders weit gekommen sind.

Untersucht wurde ein Band mit Grundlagentexten Politik-Wirtschaft-Gesellschaft des Schroedel Verlags sowie Ausgaben der Wochenschau-Hefte der Jahre 2010 bis 2012. Das Ergebnis war ernüchternd. Von den insgesamt 83 Texten des Politik-Wirtschaft-Gesellschaft-Bandes sind nur 6 von Frauen geschrieben. Davon behandeln dann 4 Texte eine vermeintlich spezifisch »weibliche« Thematik (Geschlecht, Feminismus, Frauenbewegung). Es entsteht der merkwürdige Eindruck, als gäbe es auf einzelne politikwissenschaftliche Themenkomplexe keine weibliche Perspektive (wie den sozialen Wandel oder die Probleme der Marktwirtschaft); als würden Frauen in einigen Themenbereichen einfach keine Rolle spielen und als könnten Aufsätze über die Frauenbewegung nach wie vor nur von Frauen geschrieben werden.

Die Beiträge von weiblichen Personen in den Wochenschau-Heften sind zahlreicher, wobei die Zahl weiblicher Autorinnen bei spezifisch wirtschaftspolitischen Themenheften wiederum kleiner ist. In keinem der untersuchten Hefte sind neben heterosexuellen Menschen lesbische, schwule, bisexuelle und transgeschlechtliche Menschen, geschweige denn ihre Lebensweise abgebildet oder berücksichtigt. Vielmehr wird das Frau-Mann-Schema und Heteronormativität durchweg reproduziert. Die bevorzugte Verwendung des generischen Maskulinums zieht sich durch alle untersuchten Ausgaben. Im Jahre 2010 allerdings deutlicher als 2012: »im Folgenden wird für Schülerinnen und Schüler der Begriff ›Schüler‹ verwendet« (2010), »Liebe Schülerinnen und Schüler« (2012). Entsprechend existieren in Erklärungen oder im Glossar auch nur Akademiker, Lehrer und Ärzte. Neben der sprachlichen Ebene werden Geschlechtervorstellungen und Stereotype auch auf der Bildebene reproduziert. Homo-, bisexuelle oder transgeschlechtliche Lebensweisen werden gar nicht berücksichtigt. Ebenso werden keine Formen des Zusammenlebens, die von der traditionellen heteronormativen Kleinfamilie abweichen, abgebildet (Patchworkfamilien, Familien mit nur einem Elternteil, Kinder, die nicht bei ihren Eltern oder in zwei Haushalten aufwachsen, Regenbogenfamilien, Singlehaushalte, WGs, Wohngruppen). Das Bild einer Frau im Blaumann bleibt die Ausnahme, die Regel ist die Frau mit Kreditkarte, die Frau beim Einkaufen, die Sekretärin, die Mutter.

Sexismus abzulehnen und sexuelle Diskriminierung zu bekämpfen bedeutet in jedem Unterricht (nicht nur in Geschichte und Politik) die Perspektiven von und auf Frauen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* mitzudenken und sichtbar zu machen. Dies kann durch Neuentwicklung von Unterrichtssequenzen gelingen, durch eine Annäherung an neue Inhalte (zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Initiativen wie Queerformat) und durch die Überarbeitung von alten und Erstellung von neuen Unterrichtsmaterialien. ■



Let's talk about sex

Geschlechtererziehung auch im Englischunterricht

Ryan Plocher, Sprecher der jungen GEW Berlin

FOTO: PRIVAT

Ryan Plocher

Aufgrund der amerikanischen Sklaverei ist Rassismus im Englischunterricht zumindest in der Oberstufe häufig ein Thema. Aber wie sieht es mit anderen gesellschaftlichen Machtverhältnissen aus?

Die Kompetenzorientierung führte dazu, dass die Rahmenlehrpläne für Englisch fast inhaltsleer sind – solange die four skills und Mediation trainiert werden, sind nahezu alle Themen im Englischunterricht zulässig. Jetzt bestimmen nur noch die Schulbuchverlage, was die regelmäßigen Themen sind. Melanie Bittners Studie aus 2012 zeigt auf, dass Schulbücher im Fach Englisch nach wie vor eine realitätsferne Darstellung der Welt anbieten: alle Familien sind wohlhabend, überwiegend weiß, und bestehen aus einem Ehepaar und ihren biologischen Kindern. Die wenigen Alleinerziehenden haben ihre PartnerInnen aufgrund von Todesfällen, nicht wegen Scheidung verloren. Obwohl kleine Schritte gemacht werden, sind die Geschlechterrollen weiterhin einseitig: Mädchen interessieren sich selten für Sport oder Technik und Jungen nicht für das Kochen oder Kindererziehung. Rollenbilder im Unterricht aufzuzeigen, die mit diesem Schema brechen, wäre alles andere als revolutionär, sondern bloß eine passendere Darstellung der Realität. Den empfindsamen Hausmann und die machtvolle Kanzlerin haben sich schließlich nicht Queer-TheoretikerInnen ausgedacht, sondern sie existieren heutzutage wirklich.

Wieso wäre eine solch vielfältige Darstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit sinnvoll, und wieso gerade im Englischunterricht? Im Berliner Schulgesetz sind alle Lehrkräfte dazu verpflichtet, ihre SchülerInnen zur Teilhabe an der Demokratie vorzubereiten. Dazu gehört auch, dass die SchülerInnen sich ihre zukünftige Lebensweise selbst aussuchen und nicht durch Tradition und Diskriminierung gezwungen werden ihre Träume vom Beruf der Physikerin oder des Grundschullehrers aufzugeben. Solche Träume sind aber nur möglich, wenn sie vorstellbar sind, und sie sind nur vorstellbar, wenn sie irgendwann im Umfeld des Kindes erwähnt werden. Da der Berliner Senat die privaten Fernsehsender nicht dazu zwingen kann, Konzernchefinnen und Hausmänner zu profilieren, sollten solche Lebensentwürfe in der Schule vorkommen.

Warum dann im Englischunterricht? Gehört das Thema nicht in den Ethik- oder Sozialkundeunterricht? Schon, aber in diesen 1-bis-2-Stunden-in-der-Woche-Fächern müssen auch Gewaltprävention, Drogenaufklärung, Demokratielernen angeboten werden. Die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und -normen kommt dabei häufig zu kurz. Wenn man sich einmal die Abituraufgaben anschaut und in einem Schulbuch für Englisch liest, wird klar, dass man eher sozialwissenschaftliche als literaturwissenschaftliche Inhalte unterrichtet (ich denke hier an die vielen, schönen Landkarten von Großbritannien). Es ist ein kleiner Schritt von »describe your favorite pop singer« zu »describe one of these famous women«, dennoch würde diese scheinbar simple Aufgabe dadurch einen anderen, analytischeren Stellenwert bekommen.

Auf dem Weg zu einem realitätsnäheren Unterricht gibt es aber auch Schwierigkeiten. Zum Beispiel darf das Thema »Frauen« (oder andere diskriminierte Gruppen) nicht neben »echten« Themen zur Auswahl stehen. Wenn SchülerInnen beim Pro-

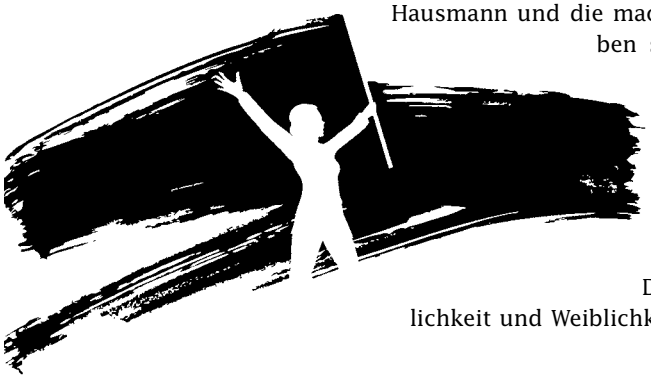


FOTO: FOTOLIA

jektlernen in Landeskunde zwischen »Wirtschaft«, »Geschichte«, »Kultur« und »Frauen« eines Landes wählen sollen, dann wird das Thema »Frauen« niemals gewählt, weil dieses Thema für die Jungen ein »Frauenthema« (und deshalb unmännlich) ist. Wenn es die Jungen nicht wählen, dann erscheint es auch den Mädchen als kein »richtiges« Thema. Stattdessen muss die Beschäftigung mit dem Phänomen Sexismus im Vordergrund stehen, bis die SchülerInnen dafür sensibilisiert sind und die gesellschaftlichen Geschlechternormen kritisch hinterfragen können. Die dabei zum Tragen kommenden Methoden können so einfach sein wie der sogenannte Bechdel-Test für Filme. Die entscheidende Frage des Bechdel-Test lautet: Do two women with names talk to each other about something other than a man? Es erstaunt, wie viele Filme an diesem Test scheitern. Eine etwas schwierigere Aufgabe ist der damit verwandte Mako-Mori-Test, der fragt: *Does one woman character have her own narrative arc that is not about supporting a man's story?* Hierbei redet man über Sexismus in Hollywood und trainiert gleichzeitig die Kompetenzen Reading und Listening/Watching.

Und was ist mit »den« Jungen? Schließlich werden sie es wohl hassen, über Frauen im Englischunterricht sprechen zu müssen. Werden deren Vorbehalte gegen das Thema nicht dadurch verstärkt? Erstens gibt es »die« Jungen nicht und alle männlich sozialisierten Jugendlichen in einen Topf mit fußballbesessenen Mackern zu werfen blendet die Hälfte der Jungen in jeder Klasse aus. Und zweitens glaubt wirklich keine Englischlehrkraft, dass das Desinteresse mancher Jungen für Englisch durch einen Fußballroman überwunden werden könnte. Außerdem: Wenn vielfältigere Weiblichkeiten und Männlichkeiten im Unterricht vorkommen, hilft das sowohl Jungen als auch Mädchen.

An dieser Stelle ein letztes Wort zu Sexismus und Jungen. Wegen des Eklats in Baden-Württemberg über sexuelle Vielfalt in den neuen Lehrplänen ist Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Minderheiten in aller Munde. Aber alles Gerede über gleichgeschlechtliche Liebe wird den schüchternen, unsportlichen Jungen und das laute, technik-affine aber ansonsten kosmetikferne Mädchen nicht vor »schwule Sau« und »Olle Lesbe« schützen können, da diese Beschimpfung nichts mit ihrem Begehren zu tun haben, sondern mit ihrer Nicht-Erfüllung von einer traditionellen Geschlechterrolle. Ein vielfältigerer Unterricht kann solchen diskriminierenden Rollenbildern entgegenwirken, indem viele verschiedene Lebensweisen aufgezeigt werden und eingrenzende Weltbilder hinterfragt werden. ■

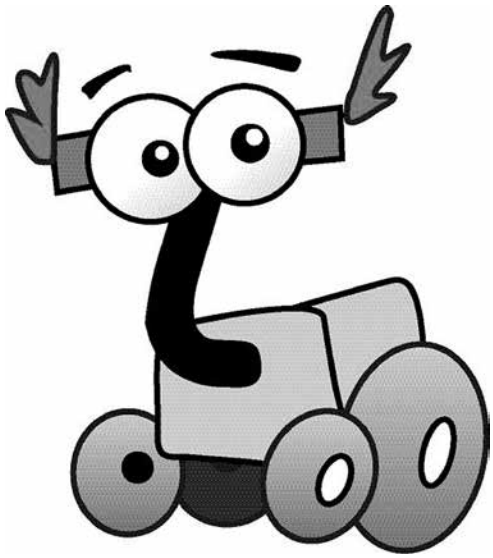
Roberta hilft

Das Projekt »Lernen mit Robotern« soll die MINT-Begeisterung bei Mädchen fördern

von Sven Lehmann, Roberta-Projekt TU Berlin

Schaut mal, was mein Roberta-Papagei kann«, ruft Lena stolz ihren Mitschülerinnen zu und lässt ihren Roberta-Papageien die zuvor programmierten Kunststücke präsentieren. Lena W. ist elf Jahre alt und besucht die Roberta-AG am Robert-Blum-Gymnasium im Berliner Stadtteil Schöneberg. Die AG ist Teil der MINT-Förderung der Schule, wofür diese bereits von der Initiative »MINT – Zukunft schaffen« ausgezeichnet wurde. »Roberta® – Lernen mit Robotern« ist ein Projekt der Fakultät V für Verkehrs- und Maschinensysteme an der Technischen Universität Berlin (TU), in dem sich Mädchen spielerisch dem Thema Technik nähern können. Das Roberta-Projekt möchte Mädchen und junge Frauen motivieren, sich nachhaltig für Informatik, Technik und Naturwissenschaften zu interessieren.

Langfristiges Ziel ist es, den Anteil an Frauen in technischen Studienfächern der TU zu steigern und auf diesem Wege dem Mangel an technischen Fachkräften entgegenzuwirken. Angesichts der aktuellen Zahlen von einem Frauenanteil von nur 21,2 Prozent aller Studierenden eines Ingenieurwissenschaftsstudiums (Wintersemester 12/13; Statistisches Bundesamt) und von 57.600 offenen Stellen im Ingenieurswesen (November 2013; VDI) erscheint die Verfolgung dieses Zieles weiterhin dringend notwendig. ▸



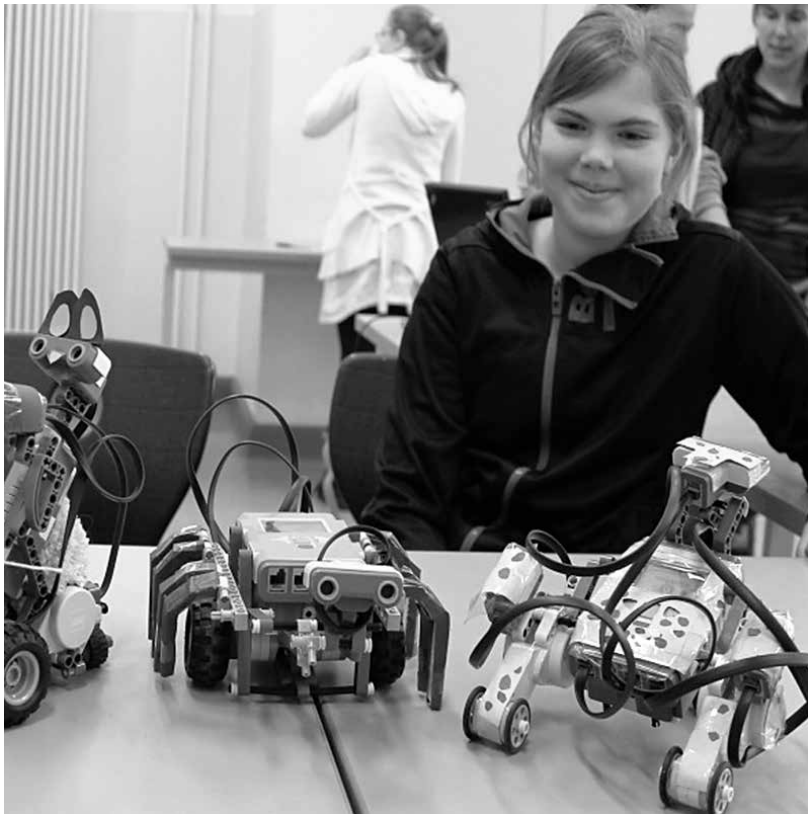


FOTO: TU BERLIN

Was lernen die Mädchen in der Roberta-AG?

Sie erleben beim Konstruieren und Programmieren, dass Technik Spaß macht. Sie lernen technische Systeme zu verstehen und erwerben Kenntnisse in Elektrotechnik, Mechanik und Robotik. »Ein Papagei als Haustier ist schon etwas speziell, aber ein Papagei sieht immer so schön bunt aus und es hat Spaß gemacht, die Roberta mit Federn zu schmücken. Ich finde meinen Roberta-Papageien toll«, sagt Lena über die von ihr entworfene Roberta. Zum Thema Haustiere konnten die Mädchen sich eigene Haustiere ausdenken, verzieren und ihnen gewünschte Fähigkeiten beibringen. Dabei werden ihrer Kreativität keine Grenzen gesetzt. Ob Laser-Katzen oder spuckende Lamas – die Mädchen sind mit Eifer dabei. Ganz nebenbei werden etwaige Hemmschwellen und Skepsis gegenüber der Technik überwunden und das Vertrauen in die eigenen technischen Fähigkeiten wächst. Dies spiegelt sich auch in den Evaluationen der Roberta-Kurse wieder. So kann sich ein Großteil der Mädchen schon nach einem zweistündigem Schnupperkurs vorstellen, eher Computer-Expertin werden zu können als vorher. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die MoMo-Tech-Studie von acatech 2010. Darin heißt es: »[Das Projekt Roberta] bewirkt einen hohen affektuellen Effekt und fördert somit über einen erfolgreichen Umgang mit einer komplexen Technik (Robotik) das technische Selbstbild.« Auf die Frage, ob Lena die AG weiterhin besuchen oder weiterempfehlen würde, antwortet sie spontan: »Ja klar, unbedingt! Mir gefällt die Vielfältigkeit der Robertas. Ich lerne immer wieder neue Sachen und bringe diese dann meinen Robertas bei. Außerdem mag ich die ›Jungsfreie Zone‹. Warum sollte das bei meinen Freundinnen nicht so sein?«

Mehr Spaß mit Technik

Das Projekt »Roberta® – Lernen mit Robotern«, das im Bereich Gender und Diversity in Organisationen in der Fakultät für Maschinenbau angesiedelt ist, konzentriert sich dabei ausschließlich auf die Mädchen. »Natürlich nehmen wir auch schon mal den einen oder anderen Jungen in einen Workshop oder Schnupperkurs auf, jedoch versuchen wir zuerst, die Plätze an Teilnehmerinnen zu vergeben und das hat bisher (fast) immer sehr gut geklappt«, so Christin Oestreich, eine der drei Projekt-BetreuerInnen. Die Ergebnisse zeigen in gendersensitiv durchgeführten Kursen, dass die Teilnehmerinnen zum einen angeben, mehr Spaß zu haben (98 Prozent gegenüber 94 Prozent in gemischtgeschlechtlichen Kursen), und zum anderen würden sich mehr Mädchen eines gendersensitiven Kursen eine längere Zusammenarbeit mit den Robotern wünschen (85 gegenüber 74 Prozent einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe). Dies unterstützt die Ergebnisse der MoMoTech-Studie, nach der die Mädchen »in gemischtgeschlechtlichen Gruppen eher Nebentätigkeiten wie kleinere Bastelarbeiten [übernehmen]«. Außerdem sagt sie aus, dass »für Mädchen […] eine monoedukative Technikvermittlung in Projekten oder im Schulunterricht sinnvoll und in der Regel wirksamer [ist] als eine koedukative Vermittlung.«

Die Roberta-AG für Mädchen der 7. und 8. Klasse an der Robert-Blum-Schule, startet nach den Winterferien in das zweite Halbjahr. Lena betont: »Ich bin schon gespannt auf die neuen Themen und Aufgaben. Ein Ausflug in das Robotik-Zentrum der TU ist auch geplant – darauf freue ich mich ganz besonders.« Anschließend schnappt sie sich ihren Papageien und verlinkt ihn für weitere Programmierungen mit ihrem PC.

Das Projekt wurde 2009 im Bereich Gender und Diversity in Organisationen ins Leben gerufen und steht unter der Leitung von Professorin Martina Schraudner. Finanziert wird das Projekt vom Frauenbeirat der Fakultät V, an der die bisher ungefähr 200 Teilnehmerinnen einen tiefen Einblick in Technik erfahren konnten. So zählt der Flugsimulator des Luft- und Raumfahrt-Institutes, ebenso wie der Wellenkanal des Land- und Seeverkehr-Institutes zu den beliebten Ausflugszielen im Rahmen der AG. Hier können die Mädchen erste Einblicke sammeln und haben später die Möglichkeit, ihre Interessen in einem der vielen technischen Studiengänge weiter zu vertiefen. ■

2014 Internationaler Frauentag
Heute für morgen Zeichen setzen

Früher testen und mehr Druck

Die neuen Regelungen zur Sprachförderung in der Kita

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Christiane Weißhoff, Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Nach dem Willen des Berliner Senats sollen bereits in Kürze neue Regelungen in Kraft treten, die eine bessere Sprachförderung von Kindern zum Ziel haben. Ob sie allerdings in der geplanten Form geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen, ist strittig. Im Vordergrund der geplanten Maßnahmen steht ein verpflichtender Sprachtest für alle Kinder, die keine Kita besuchen. Das gab es bisher schon, aber nun soll der Sprachtest um ein halbes Jahr vorgezogen werden. Künftig sollen Kinder bereits mit vier Jahren »getestet« werden. Welches Testverfahren dabei angewandt werden soll, ist unklar. Bei festgestelltem Sprachförderbedarf sollen die Eltern verpflichtet werden, ihre Kinder in eine Kita zu geben. Statt wie bisher drei Stunden soll der zeitliche Umfang des Kitabesuchs nun auf fünf Stunden erhöht werden. Eltern, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, droht ein Bußgeld in Höhe von bis zu 2.500 Euro. Außerdem ist geplant, die Lerndokumentation des Sprachlerntagebuches an die Grundschule weiterzugeben.

Die GEW BERLIN spricht sich dafür aus, den Kitabesuch möglichst vieler Kinder zu erreichen. Dazu sollten vielfältige Maßnahmen ergriffen werden, sodass dies auf freiwilliger Basis geschieht. Die vorgelegten Planungen und Änderungen des Schulgesetzes umfassen jedoch im Wesentlichen Sanktionen und ordnungspolitische Maßnahmen wie zum Beispiel das Bußgeld. Das erinnert an die von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Raed Saleh geforderte Einführung einer Kitapflicht.

Ob es Sinn macht, Vierjährige zu testen, ist fraglich. Die »Einladung« zu einem verpflichtenden Test mit Bußgeldandrohung gleicht zudem eher einer Vorladung und fördert mit Sicherheit nicht die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kita. Was passiert, wenn die Eltern kein Bußgeld zahlen können? Welche Maßnahmen werden dann eingeleitet?

Noch sind bei Weitem nicht alle Mittel und Maßnahmen ausgeschöpft, um für einen freiwilligen Kitabesuch zu werben. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten gute Kindertagesstätten mit ausreichend und gut qualifiziertem Personal. Das immer noch komplizierte und bürokratische Anmeldeverfahren ist für Eltern ein Hindernis. Die GEW BERLIN fordert deshalb, allen Eltern einen Kitagutschein spätestens zum ersten Geburtstag des Kindes für einen Ganztagsplatz zukommen zu lassen. Notwendig ist aus unserer Sicht außerdem der weitere quantitative und qualitative Ausbau von Familienzentren. Die Projekte der Stadtteilmütter sollten ausgebaut werden. Es wäre sinnvoll zu erforschen, warum die Familien Vorbehalte gegenüber einem Kitabesuch haben, statt mit ordnungspolitischen Maßnahmen zu drohen.

Wichtig, um Vorbehalte gegen einen Kitabesuch abzubauen, ist die pädagogische Qualität in den Tageseinrichtungen. In den letzten Jahren hat durch die Einführung des Berliner Bildungsprogramms zweifellos eine positive Entwicklung stattgefunden. Der momentane Fachkräftemangel, die erweiterte Möglichkeit der Beschäftigung und Anrechnung von (noch) nicht ausgebildetem Personal in Kindertagesstätten und die immer noch völlig unzureichende Personalausstattung der Kitas zeigen einen großen Handlungsbedarf auf. Dazu gehört unter anderem, mehr Ressourcen für die Verbesserung des Leitungsschlüssels zur Verfügung zu stellen, die Zuschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache nicht erst ab 40 Prozent zu gewähren und das Programm »Frühe Chancen« fortzuführen.

Last, but not least: Wenn wir wollen, dass möglichst alle Kinder eine Kita besuchen, brauchen wir auch für alle Kinder einen Kitaplatz und ausreichend qualifizierte ErzieherInnen. ■

Frühe Übung zum Sprechen und Hören

FOTO: PIO3/FOTOLIA

Große Diskrepanzen

Zwei Welten: Die Senatsbildungsverwaltung und die Berliner Schule

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Sigrid Baumgardt, Vorsitzende der GEW BERLIN

Als großer oder gar intimer Kenner der Berliner Schule war Jürgen Zöllner auch in seiner Zeit als Bildungssenator nicht bekannt. Umso mehr erstaunt es, dass er sich jetzt im *Tagesspiegel* als Experte zu Wort meldet, um mitzuteilen, dass Berlins Schulen nicht mehr Geld, sondern bessere Lehrkräfte brauchten. Aber auch das stetige Wiederholen der Aussage, dass mehr Geld in der Bildung allein nicht hilft, dass es um andere Marker und Stellschrauben gehe, macht die einfache Tatsache nicht wett, dass Deutschland und auch Berlin immer noch weit unter dem OECD-Schnitt der Ausgaben für Bildung liegen. Aber ich fürchte, es ist noch komplizierter.

Ja, es kommt auf die Lehrkräfte an, auch jedenfalls. Deswegen sollten diese gepflegt, anerkannt, gewürdigt und ihnen Vertrauen entgegen gebracht werden. Aber genau das passiert nur selten. Stattdessen mutet man ihnen eine Fülle von Aufgaben zu und kümmert sich so gut wie gar nicht um gesunde Arbeitsbedingungen – das Wort Anerkennung kennen die Lehrkräfte vor allem aus launigen Auftritten der politischen Spitze bei Versammlungen aller Art. Statt das erhebliche Engagement der Lehrkräfte bei der Organisierung und Durchführung von Klassenfahrten zu würdigen, wird es durch zweifelhafte Finanzierungen der Reisekosten eher konterkariert.

Und Vergleichsarbeiten werden von den Lehrkräften als zusätzliche Belastung und Kontrolle erlebt und nicht als ein Hilfsinstrument zur Diagnose des Unterrichts. Ebenso läuft es bei der Selbstevaluation: Misstrauisch ordnet die Senatsbildungsverwaltung hier das Verfahren an, statt es in die Hände der Schulen und Lehrkräfte zu legen. In Finnland ist man schon weiter: Man vertraut dort den Lehrkräften und verzich-

FOTO: FOTOLIA

tet auf die ständige Testerei und Kontrolle.

Richtig liegt Zöllner damit, dass eine gute Kooperation zwischen Erzieherinnen und Lehrkräften nötig ist. Aber das braucht Zeit und sowohl die PädagogInnen als auch die Kinder brauchen Gestaltungsräume im eigentlichen und im übertragenen Sinn. Das heißt, dass eine Doppelnutzung von Räumen für den Unterricht und zusätzliche Angebote die pädagogische Arbeit der Lehrkraft behindert. Eine Umfrage nach den Sommerferien in 2013 hat ergeben, dass genau dort vielen Grundschulen der Schuh drückt: Fast alle Grundschulen müssen mit Doppelnutzung arbeiten. Damit sind Konflikte aber schon programmiert.

Eltern sollten Kinder fürs Lernen begeistern, ihnen Zuspruch geben, Neugier und Forschergeist fördern. Was aber, wenn genau das nicht passiert? Was, wenn die Erfahrungen in der Familie eher von Depression, Kommunikationslosigkeit, Sucht, und teils sogar von Gewalt geprägt sind? Welche Aufgabe kommt dann der Bildung zu, was muss Schule machen, damit sie den davon betroffenen Kindern helfen kann? Wie können Kinder aus Armutsverhältnissen ihre Interessen entdecken? Was benötigen Lehrkräfte, um spannende Projekte und Unterricht machen zu können? Das wird erst recht dann problematisch, wenn die Teilungs- und Förderstunden oder gar die personengebundenen zusätzlichen sonderpädagogischen Förderstunden noch nicht einmal bei den Kindern ankommen, sondern im Vertretungsunterricht verschwinden: weil die Schulen nur mit 100 Prozent ausgestattet sind und der anfallende Vertretungsbedarf überall und seit Jahren bei über zehn Prozent liegt. Dabei muss aber auch klar sein, dass nicht nur kranke Lehrkräfte Vertretungsbedarf auslösen, sondern ebenso Projekte, Exkursionen und Klassenreisen.

Das Argument, dass kleinere Klassen nichts bringen, ist genauso richtig wie falsch. Zunächst bringen sie auf jeden Fall etwas für die Chance, individuell fördern zu können, und nicht zuletzt bringen sie auch etwas für die Gesundheit der Lehrperson, das kann wohl jede Lehrkraft bestätigen. Eine schlechte Lehrkraft ist natürlich eine schlechte Lehrkraft, egal, ob sie vor einer großen oder einer kleinen Klasse steht. Ganz davon abgesehen haben Langzeitstudien in Texas ergeben, dass kleinere Klassen zwar keine schnellen Effekte erzielen, aber auf längere Sicht schon: Wenn Kinder frühzeitig selbstständiges und forschendes Erarbeiten und die notwendigen Arbeitstechniken lernen, einüben und irgendwann beherrschen, kommen sie besser durch die Schule, zeigen weniger Disziplinprobleme, sind sozial engagierter.

Von nichts kommt nichts, sagt der Volksmund. Aber Zöllner will alles zum Nulltarif: Inklusion müsse nicht teurer werden als der Erhalt des jetzigen Systems, in dem Förderschulen und integrative Beschulung parallel laufen. Richtig daran ist, dass zumindest auf lange Sicht sich die Inklusion auch finanziell rechnet. Aber zunächst muss eben doch etwas Geld in die Hand genommen werden. Denn die nötigen Umbauten gibt es nicht umsonst und auch der personelle Umbau in den Schulen und die veränderten Unterrichtsbedingungen erledigen sich nicht von selbst, sondern müssen zusätzlich erledigt werden. Und das in einer Schule, die durch die zahlreichen Reformen der letzten Jahre, die nicht alle problemlos ineinander greifen, ohnehin ziemlich ausgequetscht ist. Auch der Aufbau von Netzwerken zum Erfahrungsaustausch braucht übrigens Arbeitszeit. Gut Ding braucht Weil: Nichts was gut werden soll, läuft einfach zusätzlich und nebenbei.

Vieles reduziert sich bei den verschiedenen Perspektiven auf die Frage nach der Henne und dem Ei. Die KollegInnen wollen zunächst für die immer größeren Herausforderungen auch eine verbesserte Ausstattung – personell, sächlich und räumlich. Zu oft haben sie erlebt, dass Reformen und Veränderungen keine Anpassung der Ausstattung nach sich gezogen haben. In der Regel erfolgte eine Umverteilung und/oder Kürzungen an anderer Stelle. Die Bereitschaft der KollegInnen, sich damit auseinanderzusetzen, was sie inhaltlich, methodisch, didaktisch tun könnten, würde stark beflügelt, wenn es echte Hilfen und Unterstützung geben würde.

Hinzu kommt, dass die KollegInnen täglich erleben und erfahren, dass sie die Lehrkräfte nicht bekommen, die sie bräuchten. Denn der Markt der Lehrkräfte an Sonderschulen zum Beispiel, so noch die offizielle Bezeichnung, ist leergefegt. In keinem der Castings in den letzten Jahren gab es ausreichend BewerberInnen für die offenen Stellen. Immer wieder erreichen die GEW Anrufe von KollegInnen, die plötzlich ein autistisches Kind in der Klasse haben, die lernen wollen, mit dieser Situation umzugehen. Aber wie und wo können sie sich Hilfe holen?

Auf dem Weg zur Schule

FOTO:G. HAVLENA/PIXELIO

Eins ist ganz klar: So kommen wir nicht weiter mit der Berliner Schule. Es geht um Dialog und Verständigung, denn Schuldzuweisungen führen nicht zum Ziel. Da sind auf der einen Seite die Lehrkräfte, die in ihrem Alltag vor Ort den Mangel erleben und auch deswegen an ihre Grenzen stoßen und auf der anderen Seite die Senatsverwaltung, die die Ausstattung der Berliner Schule schon bei einem Durchschnittswert von 99,7 Prozent für ausreichend hält. Das ist mindestens eine große Diskrepanz in der Wahrnehmung.

Nase zu und durch

Die Sauberkeit an den Schulen darf nichts kosten, lernen die SchülerInnen

von Susanne Reiß und Manfred Triebe, AG Arbeits- und Gesundheitsschutz

Seit Jahresbeginn häufen sich in den Berliner Medien Berichte über teilweise unglaubliche Verhältnisse an Schulen. Eine Grundschule in Friedrichshain-Kreuzberg stand kurz vor der Schließung durch das örtliche Gesundheitsamt. Nur eine aufwändige nächtliche Putzaktion vor dem entscheidenden Kontrollgang verhinderte die Schließung der Schule.

SchülerInnen meiden aus Ekel die schulischen Toiletten. In vielen Schulen sind die SchülerInnentoiletten aus Angst vor Vandalismus nur in den Pausen geöffnet. Die Seifenspender und die Behälter für Einmalhandtücher sind leer, Toilettenpapier muss man sich im Sekretariat abholen. Das sind organisatorische Versuche, die Hilflosigkeit zu verdecken, die leider oft in Resignation enden. In der *Berliner Morgenpost* konnte man dazu vor Kurzem lesen, dass SchülerInnen des Gymnasium Steglitz die Toiletten einer öffentlichen Bibliothek nutzen und SchülerInnen des Zehlendorfer Schadow-Gymnasiums mit dem Bus zum WC einer Tankstelle fahren. Da hilft der Hinweis der Schulsenatorin Sandra Scheeres, SchülerInnen müssten sich auch selbst um Sauberkeit bemühen, nun wirklich nicht weiter. Die Senatorin sollte sich stattdessen an Artikel 6 der Berliner Verfassung erinnern: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Dieser Artikel gilt uneingeschränkt auch für SchülerInnen

Auf das Ergebnis kommt es an

Dabei gibt es klare Regelungen für die Reinigung von Schulen. So formuliert die DIN 77400 (Reinigungsdienstleistungen Schulgebäude, Anforderungen an die Reinigung): »Der Sauberkeit und Hygiene in Schulgebäuden kommt eine besondere Bedeutung bei. Das Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche ausgebildet werden, hat Einfluss auf deren Gesundheit sowie auf ihr eigenes Hygieneverhalten.« Die Norm legt Mindestanforderungen für die Schulreinigung fest. Mindestanforderung meint hier Reinigungsleistungen, die »bei optimalem Zustand des Gebäudes einen ausreichenden Reinigungszustand sicherstellen.« Reinigungsintervalle werden in der DIN akribisch festgelegt. So sollen nichttextile Bodenbeläge zwar mindestens einmal in der Woche gereinigt werden, wobei das Reinigungsprinzip heißt: Feuchtreinigung. Dieses Mindestintervall ist aber abhängig von den jeweiligen örtlichen Bedingungen, den Witterungsverhältnissen und von der Nutzung und Frequentierung. Stark frequentierte Klassenräume sind danach täglich feucht zu reinigen. Dabei betont die DIN-Norm, dass es nicht in erster Linie auf die Einhaltung der Intervalle ankommt, sondern diese sich einzig und allein am Ergebnis zu orientieren habe.

So sieht das auch der Bundesinnungsverband der Gebäudereiniger: »Der Dienstleister lenkt die Reinigungstätigkeiten mit seinem Knowhow so, dass das Ergebnis der Reinigung gleichbleibend ist.« Auch die für jede Schule vorgeschriebenen einrichtungsspezifischen Hygienepläne* müssen den baulichen und sonstigen Zustand der Schule be-

FOTO: KITTY/FOTOLIA

rücksichtigen, damit ein hygienisch einwandfreier Zustand der Gebäude sichergestellt werden kann. Alle einschlägigen Regeln zielen also ab auf den hygienisch einwandfreien Zustand des Schulgebäudes nach der Reinigung. Reinigungspläne sind keine Geheimdokumente; Verantwortliche innerhalb der Schule und beim Schulträger müssen bekannt und ohne Aufwand erreichbar sein, um schnell Abhilfe schaffen zu können.

Hauptsache billig

Schulen werden heutzutage nur noch von externen Dienstleistern nach Vergaberichtlinien gereinigt. Dienstleister und Personal wechseln in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen. Persönliche Beziehungen zwischen dem Reinigungspersonal und SchülerInnen entstehen so nicht, die Reinigung erfolgt anonym. Weswegen nicht zuletzt SchülerInnen weniger auf den selbst produzierten Dreck achten. Davon abgesehen bekommt dann auch noch das billigste Angebot den Zuschlag. Die *Berliner Zeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 23. Januar 2014 von einem Firmenangebot für die Reinigung eines Sanitärraumes: 200 Quadratmeter wollten sie in einer Stunde reinigen! So etwas kann nichts werden, weil es außerhalb jeder realen Möglichkeit liegt. Und in der *taz* berichtete eine Reinigungskraft am 6. Januar 2014, sie bekomme sieben Stunden für die Reinigung einer konkreten Schule. Wenn sie länger arbeite, weil die Schule noch nicht sauber ist, seien das unbezahlte Überstunden.

Fachleute sind sich darüber einig, dass das Berliner Vergabegesetz (BerlA VG) geändert werden muss. Nicht der billigste Anbieter darf den Zuschlag erhalten, sondern derjenige, der die Gewähr für eine »ergebnisorientierte«, also hygienisch einwandfreie Reinigung des Schulgebäudes bietet. Aber dann muss man wahrscheinlich auch mehr Geld in die Hand nehmen: Bei 48 öffentlichen Schulen gibt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 2,5 Millionen Euro für die Schulreinigung aus. Das sind im Durchschnitt 52 000 Euro pro Schule und Jahr. Auch mit den von der Schulsenatorin angekündigten Sondermitteln in Höhe von 7.000 Euro pro Schule und Jahr für kleinere Verschönerungsmaßnahmen kommt man wohl nicht allzu weit.

Wenn es anders werden soll

Möglicherweise ändert sich das bald, denn gegen die zunehmende Verschmutzung der Berliner Schulen regt sich auch Widerstand auf Elternseite. Mit der Website http://schulschmutz.kaposty.de haben engagierte Eltern eine Plattform geschaffen, die aktuelle Berichte aus den Schulen sammelt und mit Fotos dokumentiert. Aber auch das Schulpersonal kann tätig werden. Denn die Arbeitsstättenverordnung verpflichtet den Arbeitgeber (nicht den Schulträger!!) für einen gesunden Arbeitsplatz Sorge zu tragen. In § 4 Absatz 2 heißt es: »Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass die Arbeitsstätten den hygienischen Anforderungen entsprechend gereinigt werden«. Ein Initiativantrag des Personalrates könnte in Verbindung mit Elternaktivitäten durchaus eine Wirkung zeigen. ■

** Rahmenhygieneplan gemäß § 36 Infektionsschutzgesetz für Schulen und Ausbildungsstätten in Berlin-Brandenburg. Außerdem: Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden, Hrsg: Umweltbundesamt, Bestellungen nur per Mail über: uba@broschuerenversand.de*

ANZEIGE

GRIPS

Frau Müller muss weg

Komödie über einen Elternabend | **von Lutz Hübner** | für Lehrer und Elternvertreter
Vorstellungen 8. und 9. April | jeweils 19.30 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030 - 39 74 74 - 77 | grips-theater.de

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Bestellschein: siehe Seite 22

Erklärung zur Schulbaukultur

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule/ Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V

Die hier abgedruckten Auszüge aus der Erklärung zur Schulbaukultur der GGG unterstreichen alleine aus pädagogischen Gründen den Stellenwert einwandfreier hygienischer Verhältnisse an Schulen. Schülerinnen und Schüler verbringen inzwischen im Ganztagsbetrieb ein Drittel des Tages in ihren Einrichtungen. Eine inklusive Schule ist ohne optimal Reinigung und Pflege nicht realisierbar. Die vollständige Erklärung ist unter http://www.ggg-bund.de/ zu finden

Wie Schulen geplant und gebaut werden, wie sie aussehen, welches Ambiente sie ausstrahlen, wie sie genutzt werden können und wie sie tatsächlich genutzt werden, ist Ausdruck des Wertes, den die Gesellschaft der Jugend und damit ihrer eigenen Zukunft beimisst. Die räumliche Gestaltung von Schulen beeinflusst wesentlich die realisierbare Pädagogik; nicht umsonst gilt der Raum als dritter Pädagoge (neben Mitschülern und Lehrpersonen). Bestehende Schulgebäude werden z. T. seit über 100 Jahren genutzt. In der Zwischenzeit hat es viele Schülergenerationen, mehrere Lehrergenerationen und einige Wechsel in den pädagogischen Vorstellungen gegeben. Die Gebäude werden den geänderten aktuellen Anforderungen vielfach nicht gerecht. (…)
Heute und künftig muss die Schule ihr demokratiestiftendes Potential entfalten. Sie muss zur Realisierung von Chancengleichheit beitragen. Sie muss Lernort und darüber hinaus Lebensort sein. Mit der ganztägigen inklusiven Schule werden entsprechende Funktionen und Strukturmerkmale wichtig, traditionelle Muster treten zurück: (…)

- Inklusion als Zugehörigkeit aller ist Menschenrecht und schon deshalb an jeder Schule zu realisieren. Das heißt u.a. Bereitstellung benötigter Unterstützungsmittel, barrierefreie Zugänge, Rückzugs- und Therapieräume von hinreichender Größe und Qualität für alle in der Schule Lernenden und Beschäftigten.
- Die Schule wird ganztägiger Lern- und vor allem Lebensraum für alle am Schulleben Beteiligten: Mensen, Mediatheken, Arbeits-, Aufenthalts-, Freizeit- und Ruheräume sind erforderlich, auch für die in der Schule arbeitenden Menschen, ebenso Räume für Schüler- und Elternvertretung.
- Schulen sind gesundheitsstiftende Orte: Das erfordert angemessene Räume zum Essen für alle und zur Essenszubereitung (Mensa einschließlich Küchen), Plätze für Sport und Spiel, aber auch, dass Stressfaktoren wie ungeeignetes Licht, Lärm, unzureichende Belüftung und Enge vermieden werden. (…)
- Schulen öffnen sich ihrem Umfeld: Schule wird als Glied einer Kette von Bildungseinrichtungen in stärkerem Maße in das soziale Leben im Quartier eingebettet, ihre Räume und Ressourcen stehen auch außerschulisch zur Verfügung. Dies gelingt nur dann reibungsarm, wenn die dafür vorgesehenen Räume ohne Beeinträchtigung der Schülerstammräume und der pädagogischen Arbeit genutzt werden können. (…)
- Schule ist zunehmend Arbeitsplatz multiprofessioneller Teams: Auch in dieser Hinsicht öffnet sich die Schule. Weitere Instanzen ergänzen zunehmend die traditionelle Arbeit: Lehrer/innen unterschiedlicher Professionalisierung, Erzieher, Sozialpädagogen, Jugendhilfe, Schulpsychologie, Berufsberatung, Gemeindebibliothek, VHS, Eltern, Freie Träger, Sportvereine u. a. Ohne Orte hierfür kann diese Arbeit nicht geleistet werden.

Paradigmenwechsel von exklusiver zu inklusiver Schule, von belehrender zu lernender Schule, von geschlossener zu offener Schule, von verwalteter zu selbstständiger Schule, von fremd zu selbst bestimmter Schule, von obrigkeitlicher zu demokratischer Schule erfordern eine hiermit vereinbare Schulbaukultur; sie muss Bestandteil der Schulentwicklung sein. Die räumliche Gestaltung

- muss eine Aufenthaltsqualität schaffen, die dazu beiträgt, dass sich die an Schule Beteiligten dort wohlfühlen und gern hingehen,
- muss mit den pädagogischen Schwerpunkten der Schule verträglich sein und die pädagogische Praxis unterstützen.

Hierfür fordern wir:

- Schulbaurichtlinien und Musterraumprogramme müssen zu Leitlinien und Flächenprogrammen für die Planung und Realisierung zukunftsfähiger Schulbauten weiterentwickelt werden. Sie sollten von pädagogischen Funktionen ausgehen. (…)
- Schulbau-Vorhaben müssen partnerschaftlich und im Konsens durch die Schulgemeinde einschließlich ihrer Nachbarschaft, die kommunale Verwaltung und Architekten geplant und realisiert werden. Unabhängige fachliche Beratung muss zur Verfügung stehen.
- Gebäude sind so flexibel zu planen und zu bauen, dass sie der Schulentwicklung während ihrer gesamten Nutzungsdauer gerecht werden können. (…)
- Auch dem Umbau vorhandener Schulen ist ein pädagogisches Gesamtnutzungskonzept zugrunde zu legen. Das bloße Hinzufügen fehlender Räume reicht nicht.
- Schulsanierungen müssen auch für den Umbau auf Grund veränderter pädagogischer Anforderungen genutzt werden und dürfen sich nicht ausschließlich auf Substanzerhaltung und Pflege beschränken.

Beschluss der Mitgliederversammlung der GGG am 23. Nov. 2013 in Bielefeld

Inklusion lässt sich nicht verordnen ...

... aber auch nicht zurücknehmen. Dort wo sie schon gelebt wird, müssen die Bedingungen stimmen

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN

Es ist schwer, klare Aussagen über den Zustand inklusiver Arbeit in den Berliner Schulen zu treffen. Klar ist nur, dass es einen großen Unterschied in der Wahrnehmung der Situation an den Schulen zwischen den dort tätigen PädagogInnen und den Verantwortungsträgern in der Senatsverwaltung gibt. Nachdem zum Abschluss der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2014/15 deutlich wurde, dass es kaum Geld für die Einführung der Inklusion geben würde, hieß es, das Projekt müsse um weitere zwei Jahre verschoben werden. Aber so einfach ist es gerade nicht!

Die Inklusion ist vielerorts bereits angekommen, die verschiedenartigen SchülerInnen kommen jeden Morgen in ihre Klassen, in der Schulanfangsphase wird seit Jahren inklusiv unterrichtet, die meisten Förderschulen für die Förderschwerpunkte »LES« (Lernen, emotional-soziale Entwicklung, Sprache) gibt es nicht mehr. Die SchülerInnen, die einst in diesen Schulen gefördert wurden aber sehr wohl. Und weil diese Vielfalt längst existiert, ist ein Aufschub der Inklusion mal eben um zwei Jahre gar nicht möglich. Die Bedingungen für inklusives Arbeiten müssen mindestens dort geschaffen werden, wo inklusives Arbeiten schon täglich Praxis ist.

FOTO: DIRK TONN

Modellprojekte benötigen Verlässlichkeit

Ich möchte das am Beispiel der Region Marzahn-Hellersdorf verdeutlichen. Dort wird im »INKA«-Projekt (»Inklusive Schule auf dem Weg«) bereits seit fünf Jahren in derzeit 15 Grundschulen inklusiv gearbeitet. Die ersten sechs Schulen in Hellersdorf begannen 2009 in Klasse 3 im Projekt INKA 1, weitere neun Marzahner Grundschulen starteten 2011 im Projekt INKA 2. Das Ziel war die drastische Reduzierung der Förderfallzahlen, die dort mit 13 Prozent berlinweit an der Spitze lagen, und ging einher mit dem organisier- ten Rückgang von LES-Förderplätzen an den Förderzentren. Für die Region war das eine Herausforderung und ebenso für die betroffenen Schulen. Aber eines wurde zum Start richtig gemacht: die Schulen erhielten eine verlässliche Zusatzausstattung von sechs Prozent für INKA 1, danach 5,5 Prozent für INKA 2 und zusätzlich Geldmittel in Höhe von 10.000 Euro (INKA 1) und später 5.000 Euro (INKA 2) zur Einrichtung von Lernwerkstätten. Nun sind die ersten INKA-Jahrgänge aus den INKA-1-Schulen in die Oberschule hinübergewachsen. Alle zehn Integrierten Sekundarschulen erklärten sich bereit, das Schulprojekt unter dem Namen INKA 3 fortzusetzen. Der entsprechende Antrag auf einen Schulversuch wurde im Dezember 2012 gestellt, aber erst im Januar 2014 wurde er genehmigt. Natürlich ging es auch hier um die Absicherung Erfolg versprechender Startbedingungen, um eine pauschale Zuweisung von Fördermitteln und um die Vorbereitung der Schulen.

Ein Übergang ist ein Neustart

Auf der Personalversammlung wurden folgende Bedingungen dafür als notwendig formuliert: *verlässliche pauschale Zusatzausstattung, rechtzeitige Fortbildung ohne zusätzliche Arbeitsbelastung, kontinuierliche Verfügbarkeit von Fachkräften wie SonderpädagogInnen, SchulpsychologInnen, SozialpädagogInnen.* Zu den Gelingensbedingungen gehören die Möglichkeit der Bildung kleiner Klassen, die Möglichkeit der Doppelsteckung von zwei Fachkräften, eine Funktionsstelle für die Leitung und Koordination des gesamten Inklusionsprozesses an der Schule und Fördermaterialien zur binnendifferenzierenden Arbeit. Außerdem muss es zusätzliche Ressourcen für den Ganztagsbetrieb geben. Allein die Gestaltung inklusiver Lernorte (ich erinnere mich an diverse Illustrationen von Hans Wocken) ist in heutigen Schulplattenbauten der Region Marzahn-Hellersdorf nur schwer vorstellbar.

Vor dem Start der Inklusion in den 7. Klassen der ISS, hat der Personalrat die

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Oberschulen der Region zu einer gemeinsamen Fortbildung eingeladen. Auch hier hat der Integrationsexperte Hans Wocken ein anschauliches Bild der inklusiven Schule gezeichnet. Für den einen und die andere KollegIn mögen die Schilderungen wie ein Märchen aus 1000 und einer Nacht erschienen sein. Immerhin gab es bereits kurz nach der Genehmigung für INKA 3 schon Fortbildungsangebote, doch an welchen Nachmittagen packt man die noch oben drauf? Und es wurden nach und nach gezielt SonderpädagogInnen in den ISS eingestellt oder umgesetzt. Aus den Grundschulen wissen wir noch, wie schnell diese knappe Ressource in der Regelunterrichtsabdeckung versickerte. Kurz: Von echten Gelingensbedingungen und einem ernsthaften Bemühen der Senatsverwaltung war wenig zu erkennen.

Inklusion an der Oberschule

Dann kamen die ersten Inklusionsjahrgänge an die Oberschulen – während »weiter oben« über den Doppelhaushalt gestritten, Inklusionsfinanzen auf rudimentäre Reste eingedampft und das Lied von der Verschiebung der Inklusion angestimmt wird. In Marzahn-Hellersdorf erwarteten dagegen manche originelle und sehr individuelle SchülerInnen zu Recht Unterstützung und Förderung. Der Personalrat befragte die betroffenen Oberschulen nach den aktuellen Bedingungen für die tägliche Arbeit in den Inklusionsjahrgängen.

Antworten: Es gibt deutliche Veränderungen an den Schulen. Und es zeigen sich Defizite: Spezielle Verfahren der Diagnostik sind kaum bekannt, Fortbildungen dazu gab es höchstens »ansatzweise«. Für die Fortbildung wären auch zusätzliche Zeitressourcen notwendig gewesen. Fördermaterialien für die individualisierende und differenzierende Arbeit gibt es nicht, bestenfalls als einzelne Kopiervorlagen. Welcher Förderbedarf wird erkannt? Die gesamte Bandbreite, sehr viele emotional-soziale Defizite, Sprachprobleme, Lernhemmnisse, körperlich-motorische Schwierigkeiten. Die neuen individuellen Lernpläne bringen zusätzlichen Arbeitsaufwand mit sich.

Verschieben ist keine Lösung

Die Zwischenergebnisse und Erfahrungen der INKA-Grundschulen sind nicht bekannt und über eine pauschale Mittelzuweisung wissen die KollegInnen nichts. Es ist leicht vorstellbar, wie das Gerede von der Verschiebung der Inklusion in irgendwelche Folgejahre auf die betroffenen Beschäftigten wirken muss. Im Vorstandsbereich Schule der GEW BERLIN wird eingeschätzt, dass die Stimmung bereits gefährlich gekippt ist, dass Resignation und Demotivation um sich greifen und die Beschäftigten sich in ihrer alltäglichen Arbeit allein gelassen fühlen. Der örtliche Personalrat erfuhr im Januar einige interessante Einzelheiten: Der Schulversuch ist nun endlich genehmigt. Eine pauschale Sonderzumessung wird es nach dem Anteil der SchülerInnen mit Lernmittelbefreiung gestaffelt ab kommendem Schuljahr geben. Für dieses Schuljahr fand man eine auf elf Förderfälle basierende Lösung. Der Evaluationsbericht zu INKA 1 und INKA 2 soll fertiggestellt werden.

Durchaus wahrnehmbar war das ernsthafte Bemühen verschiedener KollegInnen von Schulaufsicht und Senatsverwaltung, konstruktive Lösungen in der komplexen Problemlage zu finden. Ebenso deutlich bleibt auch festzustellen, dass eine erfolgreiche Inklusionsarbeit die Bereitstellung notwendiger Gelingensbedingungen zur Voraussetzung hat. Der Appell an das pädagogische Bewusstsein und Engagement reicht nicht aus. Denn auch hier bestimmt das Sein das Bewusstsein. ■

NUTZEN SIE **DIE BÜCHERDIEBIN** FÜR IHREN UNTERRICHT

Umfassendes Schulmaterial mit zahlreichen Unterrichtsanregungen steht zum Download unter www.stiftunglesen.de/buecherdiebin oder bei www.derlehrerclub.de/buecherdiebin bereit. Bei Interesse an Schulvorführungen wenden Sie sich gerne an Ihr Kino vor Ort und vereinbaren einen Termin. Alternativ können Sie sich auch direkt an uns wenden: Mediaservices Marco Mühlen • Telefon: (03841) 334 784 • fox-marketing@media-mm.de

Zeit für mehr Qualität

Im öffentlichen Dienst erhalten Erzieherinnen keine Zeit für Vorbereitung und Kooperation

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Doreen Siebernik, Vorsitzende der GEW BERLIN

Niemand bestreitet, dass ErzieherInnen einen sehr verantwortungsvollen Beruf ausüben. Im Gegenteil: Politiker und Verbände werden nicht müde, den Wert pädagogischer Arbeit von ErzieherInnen hervorzuheben. Doch was nutzen alle Komplimente und alles Lob, wenn keine Taten folgen?

In den Berliner Grundschulen und den sonderpädagogischen Förderzentren arbeiten über 5.000 ErzieherInnen im öffentlichen Dienst und über 1.000 bei freien Trägern, 97 Prozent von ihnen sind Frauen. Die Tätigkeit der Erzieherin hat in den vergangenen Jahren von der Anforderung, der Verantwortung und der Bedeutung an Qualität in einem hohen Maße zugenommen. Das rechtfertigt es, diese Arbeit so wertzuschätzen, dass ihnen individuelle Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit (mpA) verlässlich zur Verfügung gestellt werden. In den Kita-Eigenbetrieben wurden bereits vor über zwei Jahren Dienstvereinbarungen zur mittelbaren pädagogischen Arbeit zwischen den Personalräten und den Arbeitgebern vereinbart, bei einigen Trägern gibt es sogar schon tarifliche Regelungen.

Qualität muss vorbereitet sein

Aber in den Grundschulen und Sonderpädagogischen Förderzentren haben die Erzieherinnen nach wie vor keinen individuellen Anspruch auf Zeiten für eine qualifizierte Vor- und Nachbereitung ihrer pädagogischen Arbeit. Auch stehen ihnen keine verbindlichen Zeiten für die Kooperation mit Lehrkräften oder sonderpädagogischen Fachkräften zu. Dabei ist diese Kooperation eng mit Qualität und Erfolg pädagogischer Arbeit verbunden. Viele notwendige Gespräche und Absprachen werden zwischen »Tür und Angel« geregelt – oder gar nicht.

Der Gesamtpersonalrat der allgemeinbildenden Schulen hat im Januar die Senatsbildungsverwaltung zu Verhandlungen über eine entsprechende Dienstvereinbarung aufgefordert. Es ist längst überfällig, dass der öffentliche Arbeitgeber den Erzieherinnen diese Zeiten anerkennt und verbindlich regelt. Selbstverständlich gibt es vielerorts gute und positive Beispiele für eine erfolgreiche, Professionen übergreifende Grundschulpädagogik. Auch gibt es Beispiele, dass Erzieherinnen verlässlich Zeiten für Vor- und Nachbereitung gewährt werden. Doch mehrheitlich berichten KollegInnen, dass ihnen diese Zeiten nicht beständig, verlässlich und in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. In der abzuschließenden Dienstvereinbarung gilt es, die mittelbare pädagogische Arbeit zu definieren, den Umfang festzuschreiben und auch Reglungen zur Organisation der mpA zu treffen. Wenn dies gelingt, kommen wir einer Wertschätzung der Arbeit der Erzieherinnen in der ganztägigen Bildung ein Stück näher.

Sternmarsch Kita-Bündnis Berlin, September 2009

FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

Warum eine Dienstvereinbarung?

Als GEW BERLIN arbeiten wir aktiv daran, die Beschäftigungsbedingungen für alle Angestellten im Sozial- und Erziehungsdienst zu verbessern. Daher kann unser gewerkschaftliches Ziel nur sein, Regelungen zur mpA tariflich und damit rechtssicher festzuschreiben. Eine Dienstvereinbarung ist ein wichtiger Schritt in die Richtung. Die Attraktivität unseres Berufsbildes hängt maßgeblich von den Arbeitsbedingungen ab. In diesem Zusammenhang fordern wir schon lange, das Ausbildungsniveau zu steigern, indem Erzieherinnen an Fachhochschulen ausgebildet werden. Damit muss auch eine Steigerung im Entgelt verbunden sein. Nur dadurch wird eine Steigerung der Attraktivität des Berufes der Erzieherin erreicht. Das sind die entscheidenden Weichen, um diesen klassischen Frauenberuf attraktiver zu machen. ■

Einsatzmöglichkeiten im Auslandsschulwesen

Auch Lehrkräfte ohne Praxiserfahrung können sich bewerben

eine Zusammenstellung von Informationen der Zentralstelle Auslandsschulwesen

Im Folgenden werden die Möglichkeiten seitens des Bundesverwaltungsamtes (BVA) und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) aufgelistet. Die Art des Auslandseinsatzes hängt von verschiedenen Faktoren wie Qualifikation, Fächerkombination oder Status ab und nicht zuletzt von der persönlichen Flexibilität. Grundsätzlich werden im Auslandsschulwesen die folgenden vier Lehrertypen und Einsatzmöglichkeiten unterschieden. Die finanziellen Zuwendungen unterscheiden sich teilweise erheblich, detaillierte Infos dazu und Bewerbungsanträge gibt es auf der Webseite der ZfA: www.auslandsschulwesen.de.

Auslandsdienstlehrkraft (ADLK)

Wenn man bereits im Landesschuldienst verbeamtet oder unbefristet angestellt ist und mindestens zwei Jahre unterrichtet hat, kann man sich als Auslandsdienstlehrkraft (ADLK) bewerben. An Auslandsschulen mit deutschem Abitur werden die meisten Fächer auf Deutsch unterrichtet, man spricht von deutschsprachigem Fachunterricht (DEU). Insbesondere die Mangelfächer im Bereich Naturwissenschaften (MINT) sind im Ausland ebenfalls stark nachgefragt. Auch an Auslandsschulen mit vergleichbaren Abschlüssen wie dem gemischtsprachigen International Baccalaureate (IB) werden einige Fächer auf Deutsch unterrichtet, hinzu kommt fremdsprachiger Fachunterricht in Englisch oder einer anderen Fremdsprache.

Wer also auch in Deutschland schon Erdkunde auf Englisch unterrichtet, hat auch hier gute Chancen. An diesen derzeit 141 Deutschen Schulen im Ausland wird teilweise auch der einheimische Schulabschluss plus Deutsches Sprachdiplom (DSD) angeboten. Daher haben DeutschlehrerInnen mit der Zusatzausbildung Deutsch als Fremdsprache (DaF) sehr gute Vermittlungschancen. SchulleiterInnenstellen im Ausland oder auch FachberaterInnen- und KoordinatorInnenstellen sind ausschließlich ADLK-Stellen. Die Bewerbung erfolgt auf dem Dienstweg.

Landesprogrammlehrkraft (LPLK)

Aufgrund einer Absprache zwischen Bund und Ländern über die Vermittlung von Lehrkräften werden auch sogenannte Landesprogrammlehrkräfte (LPLK) eingesetzt, deren Anzahl insgesamt aber gering ist. LPLK kommen wie die meisten Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK) vorwiegend im Raum Mittel- und Osteuropa, Baltikum, ehemalige GUS-Staaten und Mongolei zum Einsatz, teilweise auch in China oder Vietnam. Die LPLK ist im Landesschuldienst normalerweise verbeamtet oder angestellt und wird für die Auslandstätigkeit freigestellt. Größte Chancen haben Lehrkräfte mit gymnasialem (oder vergleichbarem) Lehramt und der Lehrbefähigung in Deutsch, Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache. Wer eine moderne Fremdsprache unterrichtet, kann auch für Deutsch als Fremdsprache eingesetzt werden, da die Fremdsprachendidaktik als Qualifikation angesehen wird. Die Lehrkräfte erhalten vom Schulträger meist zusätzlich ein ortsübliches Gehalt, die dort üblichen sozialen Leistungen sowie die anderen in den Abkommen mit den Empfangsstaaten vorgesehenen Vergünstigungen.

Bundesprogrammlehrkraft (BPLK)

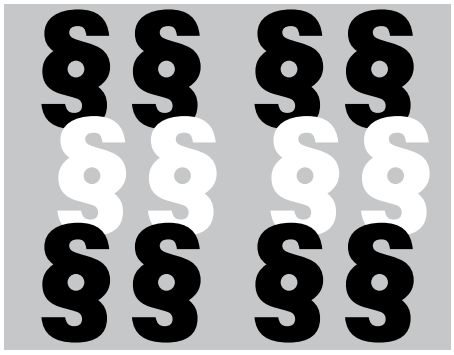
Als Bundesprogrammlehrkraft kann man ins Ausland, wenn man das Zweite Staatsexamen oder einen als gleichwertig anerkannten Abschluss hat. Ein aktueller aktiver Schuldienst ist nicht Voraussetzung, man kann sich also zum Beispiel direkt nach dem Referendariat auf BPLK-Stellen bewerben. Als BPLK arbeitet man vorwiegend an inländischen staatlichen oder privaten Schulen mit verstärktem Deutschunterricht und wird für Deutsch als Fremdsprache (DaF) eingesetzt. An diesen Schulen können die SchülerInnen das Deutsche Sprachdiplom erwerben, daher nennt man diese Schulen auch DSD-Schulen. Die Bewerbung erfolgt direkt über die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen.

An den derzeit 141 Deutschen Auslandsschulen gibt es vereinzelt auch BPLK-Stellen, hier muss man bei der Stellenausschreibung genau hingucken. Auch verbeamtete und angestellte Lehrkräfte können sich auf BPLK-Stellen bewerben, die Bewerbung erfolgt dann auf dem Dienstweg.

Ortslehrkraft (OLK)

Eine weitere Möglichkeit, an einer Deutschen Schule im Ausland zu unterrichten, ist die Tätigkeit als Ortslehrkraft (Abkürzung teilweise auch OK). Mit der Schule im Ausland schließt man einen Arbeitsvertrag nach Landesrecht und handelt das Gehalt direkt mit dem Schulträger aus. Für eine Lehrtätigkeit als OLK wird das Zweite Staatsexamen nicht immer zwingend vorausgesetzt, hier entscheidet letztlich die Schule vor Ort. Auch als Lehrkraft kann man sich für eine OLK-Stelle beurlauben lassen, dann aber ohne Fortzahlung der Bezüge. Die Auslandsschulen suchen auch immer wieder ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und MitarbeiterInnen für den außerschulischen Bereich sowie für die Schulverwaltung und den Schulbetrieb. Diese erhalten dann ebenfalls einen Ortsvertrag. Die ZfA veröffentlicht auf ihrer Website Stellenangebote, wird bei der Vermittlung ansonsten aber nicht tätig, man bewirbt sich direkt bei der Schule. ■

Webseite der AGAL mit vielen Informationen und FAQ: http://www.gew.de/AGAL.html. Informationen der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen: www.auslandsschulwesen.de



DAS TEILZEITREFERENDARIAT KOMMT

Gleich vorweg: Den Anspruch auf einen Vorbereitungsdienst in Teilzeit werden natürlich nicht nur Frauen haben. Alle, die ab Sommer ihr Referendariat beginnen und von besonders schwierigen Lebensumständen betroffen sind, können Teilzeit beantragen. Das sind alle Eltern von Kindern bis 18 Jahre, Schwerbehinderte und Menschen, die nahe Angehörige im eigenen Haushalt pflegen. Für sie verlängert sich die Ausbildung von 18 auf 24 Monate.

Bildungssenatorin Scheeres hatte bereits im September überraschend angekündigt, dass dieser Anspruch im neuen Lehrkräftebildungsgesetz verankert wird. Tatsächlich steht dort aber nur, dass die Senatsbildungsverwaltung das Teilzeitreferendariat regelt. Wer einen Anspruch hat und wie die Teilzeitausbildung aussehen soll, steht in dem Gesetz trotz wiederholter Kritik der GEW BERLIN nicht. Nun liegt es in der Hand der Verwaltung, eine attraktive Regelung anzubieten und das, obwohl genau diese Verwaltung das Teilzeitreferendariat jahrelang blockiert hat. Immer wieder gab es dazu erfolglose Gespräche vor allem zwischen der Verwaltung und dem Personalrat der LehramtsanwärterInnen. Deren Hartnäckigkeit ist es letztendlich zu verdanken, dass das Teilzeitreferendariat nun endlich kommt.

Wie der Goldene Gral wurde die Forderung jedes Jahr vom alten an den neuen Personalrat weitergegeben – stets mit dem Vorzeichen, dass der Einsatz über Jahre vehement abgewehrt wurde. »Nicht zu organisieren«, »qualitätsmindernd«, »rechtlich schwierig« und »unattraktiv« waren die Argumente, die gebetsmühlenartig von der Verwaltung vorgetragen wurden. Dass in jedem Ausbildungsdurchgang verzweifelte Menschen das Teilzeitreferendariat gerne in Anspruch genommen hätten, hat da nicht interessiert. So blieb einigen nichts anderes übrig, als ihre Ausbildung abzubrechen.

Mit der Teilzeitregelung wird sich die Anzahl der zu besuchenden Seminar- und Fachseminarveranstaltungen auf die verlängerte Ausbildung verteilen. Die LehramtsanwärterInnen in Teilzeit sollen zu Beginn ihres Referendariats einen Ausbildungsplan erhalten, der sicherstellt, dass die Ausbildung in Umfang und Inhalten der Regelausbildung entspricht. Wer die Teilzeitregelung in Anspruch nimmt, reduziert außerdem den Anteil an Unterricht, der an der Ausbildungsschule zu geben ist.

Es wird sich zeigen, ob diese Regelung zu einer tatsächlichen Entlastung der Betroffenen führt. Da der Teilzeitvorbereitungsdienst nun endlich seinen Weg ins Lehrkräftebildungsgesetz gefunden hat, wird man ihn so schnell nicht mehr rückgängig machen können. Dagegen würde es mindestens vom Personalrat der LehramtsanwärterInnen massiven Protest gegeben.

Laura Pinnig, Vorstandsbereich Hochschulen und LehrerInnenbildung

URLAUBSABGELTUNG FÜR BEAMTE

Für alle KollegInnen, die im Laufe des Jahres 2013 nach längerer Dienstunfähigkeit in den Ruhestand gegangen sind, muss die Personalstelle ohne Antrag den Anspruch auf finanzielle Urlaubsabgeltung prüfen und berechnen. Dies gilt natürlich auch für die Zukunft. Sollte dies nicht geschehen sein, raten wir dringend dazu, die Bearbeitung schriftlich anzumahnen.

1. Anträge stellen (an die früher zuständige Personalstelle in der Flottenstraße): KollegInnen, die schon in den Jahren 2011 und 2012, nach längerer Dienstunfähigkeit in den Ruhestand gehen mussten, müssen – soweit sie das noch nicht getan haben – Anträge auf finanzielle Urlaubsabgeltung stellen. Ansprüche aus 2011 verjähren am 31. Dezember 2014, Ansprüche aus 2012 verjähren am 31. Dezember 2015, wichtig ist das Datum »Beginn der andauernden Dienstunfähigkeit« und das Datum der Versetzung in den Ruhestand.
2. Bescheide prüfen: Leider müssen wir feststellen, dass trotz einer großen Zahl von erfolgreichen Widersprüchen, immer wieder falsche Bescheide zum erheblichen Nachteil der Betroffenen erteilt werden.

Im Jahr des Beginns der krankheitsbedingten Abwesenheit werden davor liegende Ferientage von den 20 Tagen Mindesturlaub abgezogen. Für volle Krankheitsjahre umfasst der Anspruch 20 Tage Mindesturlaub. Für das Jahr der Versetzung in den Ruhestand umfasst der Anspruch alle davor liegenden Monate anteilig mit 1,66 Tagen pro Monat. Ansprüche verfallen 18 Monate nach Ablauf des Urlaubsjahres, wenn dieses Da-

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

tum vor dem Beginn des Ruhestandes liegt. Ansprüche aus dem Jahre 2009 sind mit Ablauf des 30. Juni 2011verfallen, bestehen also noch, wenn jemand zum 1. Juni 2011 in den Ruhestand gegangen ist. Sie sind jedoch verfallen, wenn jemand erst zum 1. August 2011 in den Ruhestand gegangen ist. Die Höhe der Zahlung richtet sich nach den drei letzten Monatsbesoldungen vor Beginn des Ruhestandes. Im Zweifel also immer rechtzeitig Widerspruch einlegen, es geht um eine ganze Menge Geld.

Mitglieder der GEW BERLIN können selbstverständlich den Rechtsschutz um Hilfe bei der Antragstellung bzw. der Überprüfung der Bescheide bitten.

Ingeborg Uesseler-Gothow, Rechtsschutzstelle

MÜTTERRENTE AUS DER STEUERKASSE

Der DGB unterstützt den Ansatz der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), die Mütterrente nicht aus der Rentenkasse zu finanzieren. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: »Wenn vor allem die CDU/CSU die bessere Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente will, muss sie auch für die nötigen Steuermilliarden sorgen.« Die Idee, das Geld aus der Rentenkasse zu nehmen ist für den DGB »mit einer nachhaltigen Finanzierung unvereinbar«. Deshalb müsse die Mütterrente sofort und nicht erst ab 2018 aus Steuermitteln bezahlt werden. Es sei wichtig, jetzt eine Demografie-Reserve aufzubauen, »damit sich auch die jungen Generationen auf eine anständige Rente verlassen können«. Beitragserhöhungen hält Buntenbach ohnehin schon in den kommenden Jahren für unverzichtbar, um das Rentenniveau zu stabilisieren. An die Bundesregierung appelliert der DGB, »das Denken in Legislaturperioden zu überwinden, weil damit die Zukunft der Rente aufs Spiel gesetzt wird«.

FAHRTKOSTEN NUR ZUR NÄCHSTEN SCHULE

Schüler haben keinen Anspruch auf Übernahme der Beförderungskosten zu einem weiter entfernt liegenden Gymnasium, nur weil dieses eine spezielle Sportförderung anbietet. Die Kosten werden vielmehr nur bis zur nächstliegenden Schule des gleichen Schultyps übernommen. Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 23. Juli 2013, 2 A 10634/13.OVG *(einblick 2/14)*

KEIN GELD FÜR REISE NACH AUSTRALIEN

Das Jobcenter muss Kosten von rund 6500 Euro für den Besuch eines Hartz IV-Empfängers bei seinen in Australien lebenden Kindern selbst dann nicht übernehmen, wenn es sich bereits grundsätzlich zur Kostenübernahme einer derartigen Flugreise bereit erklärt hat. Sozialgericht Berlin, Beschluss vom 21. August 2013, S 201 AS 19424/13 ER. *(einblick 2/14)*

KRANKENKASSE MUSS BESSERE HÖRGERÄTE ZAHLEN

Die Krankenkassen haben für einen bestmöglichen Ausgleich der Hörstörungen ihrer Versicherten Sorge zu tragen, auch wenn die Kosten oberhalb des Festbetrages liegen. Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 4. Juli 2013, L 10 R 579/10. *(einblick 2/14)*

DOCH NICHT »SCHEINSELBSTÄNDIG«

Der Mitarbeiter, der zwischen 2000 und 2009 für den Bundestag in der „mobilen Öffentlichkeitsarbeit" eingesetzt war, stand nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Der Bundestag musste daher auch keine Sozialversicherungsbeiträge für ihn abführen. Insgesamt sei der Mitarbeiter nicht derart in die betriebliche Organisation des Bundestags eingebunden und weisungsgebunden gewesen, wie es für eine abhängige Beschäftigung typisch sei. Schließlich spreche auch die Art der Entlohnung (Honorarbasis) für eine selbständige Tätigkeit. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (Sozialgericht Berlin (Aktenzeichen: S 89 KR 1744/10)

Laura F. C. Müller

...studiert an der HU Berlin und ist studentische Mitarbeiterin am Fachgebiet für »Züchtungsbiologie und molekulare Genetik«.

- *Was regt dich im Augenblick am meisten auf?*

...dass Europa nicht wirklich ein gemeinsames Europa ist. Die Denkweise vom »Europäer zweiter Klasse« muss aufhören!

- *Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?*

Solidarität, Lehrer und Rundmails, die ich leider viel zu selten lese.

- *Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?*

Ein Masterstudiengang darf nicht ausschließlich aus Frontalunterricht bestehen. Jeden Tag vier Stunden Vorlesung – wo bleibt da die wissenschaftliche Arbeit?

- *Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?*

Dass sie sich stärker mit Wissenschaft und Forschung auseinandersetzt. Nicht nur die Qualität des Studiums ist katastrophal, auch die Beschäftigungsverhältnisse der wissenschaftlichen Mitarbeiter.

- *Was gefällt dir an deinem Beruf?*

Das Feld der Agrarwissenschaften ist vielfältiger, als viele meinen. Während die meisten Traktor und Gummistiefel mit dem Fach verbinden, verbringe ich mehr Zeit im Labor als auf dem Acker.

- *Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?*

Bürgermeisterin von Berlin. Dann würde ich diesen Flughafen mit meinen eigenen Händen zu Ende bauen!

FOTO: PRIVAT

Vier Jahre für Doro Zinke

Die Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin-Brandenburg des DGB tagte

von Dagmar Poetzsch und Folker Schmidt, GEW-Delegierte bei der DGB-Konferenz

So schnell vergehen vier Jahre. Mitte Januar haben sich die hundert Delegierten der DGB-Einzelgewerkschaften wieder zusammengesetzt, um eine neue/alte Spitze für den Bezirk Berlin-Brandenburg zu wählen. Wegen ihrer Verdienste in der vergangenen Periode wurden Doro Zinke (ver.di) und Christian Hoßbach (IG Metall) mit 90 Prozent und 75 Prozent wieder zur Vorsitzenden und ihrem Stellvertreter bestimmt. Nach einer Satzungsänderung waren erstmals RegionsgeschäftsführerInnen zu wählen; für die Region Berlin wurde das Heiko Glawe.

Neben mehreren Leitanträgen, die wegen ihres guten, wahren und schönen Gehalts natürlich mit jeweils großer Mehrheit angenommen wurden, gab es auch einiges Strittiges. So zum Beispiel der Antrag der IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE) zur »Zukunft der Pharmaindustrie«. Die BCE wollte, dass der Staat verlässliche Rahmenrichtlinien schafft, die das finanzielle Risiko der Pharmahersteller verringern. Das verstand (vorwiegend) ver.di als Abwälzung des Risikos auf die Allgemeinheit (die Versicherten in den Krankenkassen) und setzte sich nach längerer kontroverser Debatte schließlich mit ihrer Vielzahl von Delegierten durch: Der Antrag wurde abgelehnt.

Auf Wohlgefallen – auch bei den GEW-Delegierten – fiel die Annahme der vom DGB-Jugendausschuss Berlin-Brandenburg eingebrachten Beschlüsse zum Erhalt der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, der deutschlandweit letzten gewerkschaftlichen Bildungsstätte. Auch der Antrag »Militärische Forschung an (staatlichen) Hochschulen abschaffen! Zivilklausel in den Hochschulgesetzen – wahlweise in den Grundordnungen der Hochschulen – verankern« fand unseren Beifall und traf die Beschlusslage der GEW.

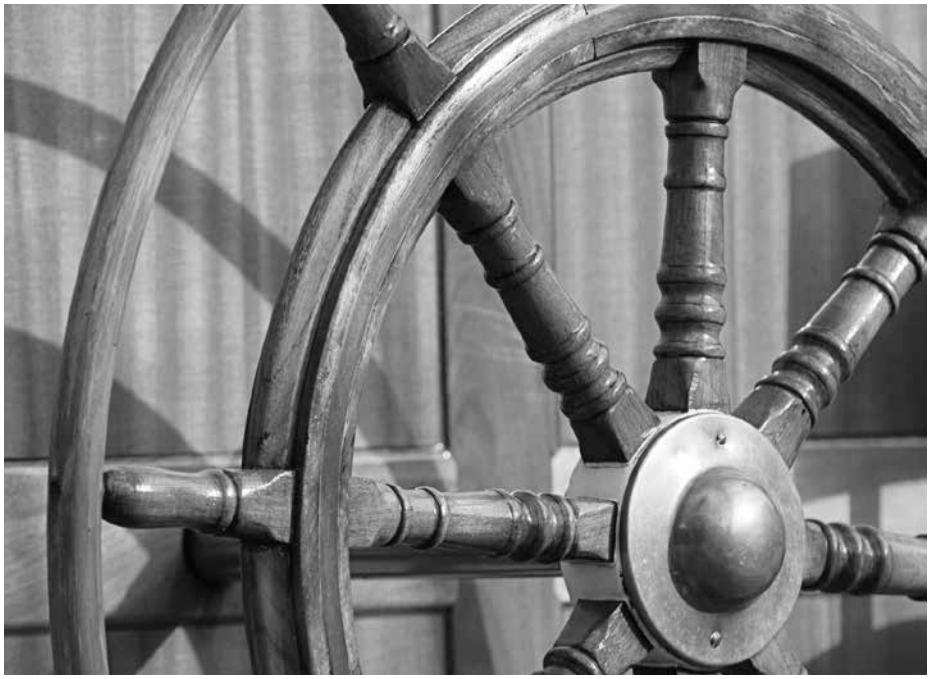


FOTO: KRISTIAN PEETZ/FOTOLIA

Dann waren da noch zwei Anträge, bei denen die Antragskommission sehr unglücklich agierte und in beiden Fällen die Ablehnung empfahl. Im Antrag der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft wurde gefordert, den SeniorInnen den »gleichen satzungsrechtlichen Status und die gleichen Beteiligungsrechte wie den Gruppen der Frauen und Jugend auf allen Ebenen des DGB zu gewähren«. Über die Ablehnungsempfehlung hatten wir uns schon bei der Vorbesprechung der GEW-Delegierten gewundert und verabredet, dagegen »in die Bütt zu gehen«. Die Debatte darüber bei der Bezirkskonferenz war heiß und wurde schließlich mit einer Ablehnung der Ablehnungsempfehlung der Antragskommission beendet. Die SeniorInnen sollen also Frau und vor allem jung werden. Weil der Antrag zur Ausgestaltung dieses Antrags zurückgezogen wurde, kam Laura Pinnig um ihren schönen Wortbeitrag.

Sehr kontrovers diskutiert und von der Antragskommission mit Ablehnungsgründen wie »völlig indiskutabel« und »eine Provokation« vorgetragen, war der wiederum vom Jugendausschuss eingebrachte Antrag »Wir widersprechen Michael Sommer«. Sommer hatte bei einer im Anschluss an eine gemeinsame Konferenz mit dem damaligen Verteidigungsminister de Maizière abgehaltenen Pressekonferenz dessen Aussage »Die Bundeswehr ist Teil der Friedensbewegung« danebenstehend nicht widersprochen und sich sehr unglücklich geäußert.

Nach einer überschlägigen Einschätzung des Präsidiums, dass der Antrag

Wiedergewählt: Doro Zinke als Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg und Christian Hoßbach als ihr Stellvertreter FOTOS: DGB

abgelehnt sei, beantragte unser GEW-Gastdelegierter Manuel Honisch eine Auszählung, die eine Ablehnung des Antrags mit 37:36 Stimmen ergab, was das Präsidium schon vorher glasklar erkannt hatte. Wir widersprechen also Michael Sommer nicht. Sven Dudkowiak – im Präsidium – und Dagmar Poetzsch – in der Zählkommission – hatten die Uneindeutigkeit der Abstimmung schon vorher erkannt, waren aber mit Mehrheit zu dem Verfahren verpflichtet worden. Sie hatten es wirklich nicht leicht …

Die GEW hat auf dieser Konferenz ein überzeugendes, wenn auch für die Mehrheit nicht immer bequemes Bild abgegeben. Alle Delegierten haben sich mit Redebeiträgen eingebracht, besonders überzeugend Tom Erdmann mit seinem Eröffnungsbeitrag zur Aussprache über den Rechenschaftsbericht und Hartmut Schurig, der für den Widerspruch zu Michael Sommer warb.

Neben dem unglücklichen Agieren der Antragsberatungskommission hat uns GEWlerInnen aber noch etwas nicht gefallen: Die Gastdelegierten schienen zunächst Rederecht zu haben. Das war dann aber nach der Annahme einer Geschäfts- und Wahlordnung zu Beginn der Konferenz nicht mehr möglich. Wozu dann Gastdelegierte überhaupt nützlich sein sollen, wenn sie nicht reden dürfen und auch keine Kopien von Änderungs- und Initiativanträgen bekommen, steht in den Sternen. Immerhin haben sie ein kostenloses Mittagessen bekommen und durften einen DGB-Kaffeepott abgreifen. ■

ANZEIGE

Debeka Versichern und Bausparen Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge. Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle Berlin
Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (030) 78806-0

www.debeka.de

Debeka

Öffentliche Lesekultur – ein Auslaufmodell?

Die desolate Lage der Berliner Bibliotheken

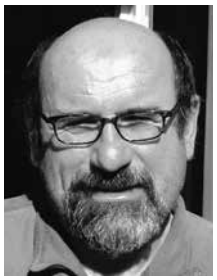


FOTO: PRIVAT

von Joachim Neu, Oberstufenzentrum Logistik, Touristik, Immobilien, Steuern (OSZ Lotis)

Es war einmal eine Bibliothek an einem Oberstufenzentrum, die als Nebenstelle der Bezirksbibliothek finanziell und personell reichlich ausgestattet war. Das war ein Sozial- und Wohlfühlraum für mehrere Tausend von SchülerInnen und Lehrkräften. Hoch oben sonnendurchflutet im obersten Stock, mit Kopiermöglichkeit und vielfältigen Medien ausgestattet. Es fehlte nur der Café-Automat und die Schlafcouch. Dann kam die Wiedervereinigung und von da an ging es bergab. Erst verschwand das Personal im Stellenpool – parallel mit der Aufgabe als Bezirksnebenstelle. Dann gab es kein Geld mehr. Und schließlich wurde der großzügig geschnittene Raum für schriftliche Examensklausuren umfunktioniert. Die Bücher landeten im Keller. Jetzt kann man nichts mehr lesen, geschweige denn ausleihen. Dafür existiert ein OLC (open learning center), ein Lernbüro mit Computern, hintereinander aufgereiht wie in einem Großraumbüro.

Der Abbau schreitet voran

Wie oben beschrieben, ergeht es zahlreichen Oberstufenzentren (OSZ). Und nicht nur ihnen. Auch andere Schulformen sind betroffen. Nur noch 250 von 750 Schulen insgesamt haben überhaupt noch eine Bibliothek, was immer das auch heißt. Vom Modell Besenkammer bis hin zur wirklich modernen, multifunktionalen Bücherei. Aber der Abbau schreitet voran – und im neuen Schulentwicklungsplan sucht man das Stichwort Lese- und Buchkultur vergeblich.

Die Bezirks- und Stadtteilbüchereien haben auch kein besseres Schicksal: Von den ehemals 217 Bibliotheken sind nur noch 95 übrig geblieben. Aber die noch bestehenden Bibliotheken sind ebenfalls bedroht, die Bezirke müssen schließlich sparen. Wenn Bibliothekare in Rente gehen (demnächst neun allein in Charlottenburg-Wilmersdorf), werden die Stellen gestrichen und die kleinen Standorte zusammengelegt: Bibliotheken sind keine »Pflichtaufgabe« der Bezirke. Es werden auch schon mal Büchereien an freie Träger übergeben. Oder man stellt nur noch MAE-Kräfte ein und spart sich die teuren Fachkräfte – oder lässt die Arbeit gleich ganz ehrenamtlich erledigen. Und wenn dann schließlich die Öffnungszeiten eingeschränkt werden, dann ist die Schließung der Filiale nicht mehr weit.

Manche sehen das Rezept in einer Zentralbibliothek: so Steglitz-Zehlendorf, Treptow oder Charlottenburg-Wilmersdorf. Und die soll auch noch möglichst in Einkaufszentren stehen. Was allerdings meist einhergeht mit weiteren Schließungen, denn Bibliotheken in Einkaufszentren kosten ein Vielfaches an Mitteln. Es gipfelt schließlich in dem Versuch, eine Landes-und Zentralbibliothek für 227 Millionen auf dem Tempelhofer Feld zu errichten.

Die Presse greift das Thema auf

Im Januar widmete sich der *Tagesspiegel* in vier Beiträgen – ausgehend von einem heftigen Streit zwischen den Parteien in Charlottenburg-Wilmersdorf über die Frage von Zentralisierung oder Dezentralisierung – kritisch dem Thema »Bibliotheken in Berlin«. Fast 100 Kommentare, meist die Aussagen in der Zeitung bestätigend, riefen, fast einem »Shit Storm« vergleichbar, zu einem »Empört Euch« gegen geplante Schließungen der Kiez-Bibliotheken auf.

Die Büchereien sind als sozialer Treffpunkt im Kiez bisher nicht genügend erkannt und gewürdigt worden. Es wächst die Einsicht, dass die Büchereien ein Ort der Begegnung mit anderen Leseliebhabern, mit der Literatur und anderen Medien sind. Und sie sind ein geschützter Raum für Kinder, gerade in sozialen Brennpunkten. Oft genug bieten diese Bibliotheken auch Hilfestellung für den schulischen Lernbereich oder einen ruhigen Lernraum.

Was tun?

Der Zusammenschluss von 95 Schulbibliotheken und von 16 Institutionen der Arbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken Berlin-Brandenburg e.V. hat sich die Aufgabe gesetzt hat, den misslichen Zuständen offensiv zu begegnen. Denn in Zeiten des fortschreitenden Sozialabbaues kommt man ohne Lobbyarbeit nicht weiter. Die GEW gibt sich in dieser Frage sehr zurückhaltend. Dabei gibt es dort doch immerhin die AG Jugendliteratur und Medien. Die könnte sich durchaus für den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken stark machen. Aber auch von dort hört man nichts.

Schließlich gibt es noch den »Berliner Büchtisch«. Dort kann jede(r) Frau/Mann Bücher abgeben, die in Form einer »Bücherkiste« u.a. an Schulbibliotheken gespendet werden. ■

Weitere Infos: http://schulbibliotheken-berlin-brandenburg.de/about/schulbibliotheken-in-der-arbeitsgemeinschaft, http://buechertisch.org/tag/bucherkiste

AUF IN DEN KAMPF!

Wahrlich, es gibt noch viel zu tun! Das »Herrenmagazin« blz hat im letzten Quartal 65,8 Prozent maskuline Nomen verwendet, anstatt im Synonymlexikon nach geschlechtsneutralen Varianten zu suchen. Eine der wenigen blz-Autorinnen verwendet in ihren Texten männlich dominierte Begriffe wie »Lehrerzimmer« und »Schülertoiletten«. Die Redaktion hat es nach wie vor unterlassen, Mitgliedinnen (Mitgliederinnen?) einzeln und gezielt zu literarischen Aktivitäten am Heft aufzurufen. Stattdessen lässt sie männliche Pensionisten die Seiten füllen.

Dabei offenbart sich die wahre Not der Geschlechter auf einem ganz anderen Schlachtfeld. In einschlägigen Internetforen beklagen Männer die schreiende Ungerechtigkeit, dass es für Frauen eigene Parkplätze gibt, spezielle Sauna- und Schwimmbadtage und bisweilen sogar freien Eintritt in Discotheken. Samt Gratisgetränk! Leicht depressive Frauen bekämen sofort einen Therapieplatz, während bedürftige Männer jahrelang auf einen Psychologen warten müssten. Es gibt keinerlei Zufluchtsorte für geprügelte Männer, obwohl nach Einschätzungen kompetenter Maskulinisten Frauen mindestens ebenso gewalttätig wie Männer sind. Und wo sind die Männerbeauftragten? Wenn ein Schiff untergeht, sollen »Frauen und Kinder zuerst« gerettet werden. Warum eigentlich?

Die Werbung würde Jungen als pummelige Trottel vorführen, während Mädchen souverän an ihrem Softdrink nuckeln und über Knaben spotten. Wir leben in einer »feministisch verseuchten Welt«! Nirgends mehr »Respekt vor dem Mann«. Er werde nur noch als »verkrüppeltes Chromosom« betrachtet, als defizitäre Fehlentwicklung. Überall kursieren männerfeindliche Witze:

Das kleine Kind sucht im Badeschaum und fragt: »Mami, wo ist denn der Waschlappen?« – »Ach, der, der sitzt im Wohnzimmer und sieht fern.«

Was macht eine schöne junge Frau morgens mit ihrem Arsch? Sie schmiert ihm Brote und schickt ihn zur Arbeit.

Über so was lachen »lila Pudel«, das sind männliche Weichlinge und Sprachrohre des Feminismus. Die restlichen Männer sind »traurig und angepasst« und trauen sich nicht, den dominierenden Feministinnen zu widersprechen. Männer halten als Sündenböcke für alles her und haben als Asyl nur noch Fußball und Formel 1-Rennen. Sie wollen nicht mehr heiraten, weil sie Angst vor Frauen haben. Die Ehe ist für den Mann ein Gefängnis. Die Frau lege sich einmal für den Richtigen auf den Rücken und sei dann ihr Leben lang versorgt. Kinder wünsche sie sich nicht aus hormonellen Gründen, sondern als Spekulationsobjekt mit sicherer Rendite. Wobei verunsicherte Männer im Internet fordern, dass nach jeder Geburt ein obligatorischer Vaterschaftstest durchgeführt wird. Mütter schieben nämlich gar zu gern jemandem ihre Kuckuckskinder unter. Im Scheidungsfall, den meistens die Frau verursacht, wird dem Mann häufig der Kindkontakt verweigert. Stattdessen wird er zum »rechtlosen Zahlesel«, zur »wandelnden Kreditkarte«. Da hilft es ihm auch nicht, wenn er sich im Ausland eine sanfte Frau sucht. Meist muss er dann ihre Großfamilie miternähren, und kaum kann die Ehefrau ordentlich Deutsch, rennt sie zu einer Beratungsstelle, die feministisch und lesbisch (eigentlich Synomyme…) unterwandert ist. Außerehelicher Geschlechtsverkehr ist auch nicht ratsam, weil Mann, besonders als Prominenter, ständig damit rechnen muss, noch nach Monaten der Vergewaltigung bezichtigt zu werden, bloß weil Mann hinterher gleich eingeschlafen ist. Ich will jetzt gar nicht auf die seit Kinsey angeblich enorm gestiegene Zahl der Erektionsstörungen hinweisen.

Das männliche Elend beginnt spätestens in Kindergarten und Schule: »Das ganze Erziehungssystem ist weiblich. Männer kommen im Schulunterricht nicht mehr vor. Buben müssen immer mehr Dinge machen, die weiblich orientiert sind bis hin zu Schleiertänzen im Turnunterricht. Wenn sie unruhig sind, kriegen sie Ritalin.« *

Manche Jungen müssen in der Schule nicht nur stillsitzen (wie haben sie das bloß früher in den reinen Knabenschulen ausgehalten?), sondern auch häkeln und stricken lernen! Ein Vater droht im Internetforum, er werde mit einem Panzer vorfahren, falls sein Sohn von Lehrerinnen zu Schleiertänzen gezwungen werde.

Lerninhalte und Schulbücher seien völlig feminisiert. Staatliche Institutionen und Medien betrieben ausschließlich »feministische Propaganda«. Deshalb sind Jungen die Verlierer im Bildungssystem und deswegen gibt es so viele männliche Obdachlose!

Tja, Mädels, so habt ihr euch den Text zum Frauentag vermutlich nicht vorgestellt. Aber es ist Zeit, der »gefährlichen und zerstörerischen Ideologie des Feminismus« Einhalt zu gebieten! Beziehungen sind vergiftet, Gräben haben sich zwischen den Geschlechtern aufgetan. Schluss damit! Maskulinisten haben da auch schon eine gute Idee: Spätestens mit zehn Jahren wird das männliche Kind dem weiblichen Einfluss entzogen und in einer reinen Männergesellschaft sozialisiert. Hoffentlich findet sich dafür genügend Personal … *Gabriele Frydrych*

** Männerrechtler Hollstein in der ORF-Doku 7.10.12 »Welt ohne Männer« (kann man sich bei youtube ansehen). Anmerkung: Wer im Müll gräbt, fühlt sich hinterher besudelt. Ich habe mich im Internet durch extremen Frauenhass gewühlt, aber auch durch differenzierte Betrachtungen zur Situation von Männern. Interessierten schicke ich gern Quellenangaben und Hinweise auf einschlägige Websites.*

Die Aktionswochen vom 4. Mai bis zum 29. Juni 2014 sollen das Thema »Bildung und Behinderung weltweit« ins Licht der Öffentlichkeit rücken und die Politik auffordern, das Recht auf gute, inklusive Bildung zu verwirklichen FOTO: BILDUNGSKAMPAGNE

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Die **Parkaue** spielt Andersens *»Schneekönigin«* in einer episch-erzählenden Fassung, inszeniert sie aber als Show aufwendig auf der großen Bühne. Um neben Bühnenelementen und Bühnenfarben noch bestehen zu können, sind die SpielerInnen zu großem körperlichen Einsatz gezwungen; der Kontrast von Geschwisterliebe und Kälte, von Mut und Hochmut, die zart-emotionalen, berührenden und schmerzlichen Beziehungen können sich dagegen nur schwer entfalten. Andersen in einem Selbstzeugnis: »der kleine Raum erschien mir groß und weit« – hier ist alles gleich groß und grob (ab 1. Klasse).

»Schnubbel«, ein neues Kinderstück von Volker Ludwig im **Grips**. Schnubbel hat Schwierigkeiten; Hänseleien in der Schulklasse; eine zumindest zeitweilig überforderte Mutter; eine Lehrerin, die ihn für den Übeltäter hält. Dass auch die anderen SchülerInnen Schwierigkeiten haben, können diese zunächst gut verstecken; sie sind die »Starken«, die sich zusammentun, um sich stark fühlen zu können. Darunter aber liegen andere, verborgene Emotionen. Dass sie sich zeigen können, liegt an einem »Katalysator«, an Johnnie, dem Spätkauf-Inhaber, Ex-Discjockey, Rap-Freund. Er hilft zunächst Schnubbel, seinen Kummer in Worten und Tönen auszudrücken; Befreiung über Musik und Theater. Das wird zur Initialzündung, die auch die anderen mitzieht. Kein Bonbon-Schluss; die Schwierigkeiten der Erwachsenen (Patchwork, alleinerziehend, berufliche und private Überforderung) wie die der Kinder bleiben – aber sie können benannt werden, durch Freundschaft gemildert, durch positive Erfahrungen überformt, weil sie sich und ihre Situation mitteilen können. Gespielt wird herrlich direkt, schnörkellos, dicht am Publikum (ab 6).

»Sie leben! Sie leben! Sie leben noch immer!« – Uraufführung eines Textes von Lothar Trolle in der **Parkaue**, zugleich eine Ehrung zum 70. Geburtstag. Ein skurriler Text, eine Sammlung von Erzählungen, eigentlich ohne Zusammenhang, und doch ein packendes und treffendes Bild von Berlin. Präzise geografisch verortet; eine bunt gemischte Ansammlung von Berliner Kleinstädtern; miteinander bekannt, aber ohne besondere Beziehungen – erzählend, erzählend; mal einzeln, mal wechselnd in der Gruppe, mal chorisch. Gespielt nahe beim Publikum auf der Hinterbühne; aufgebaut dort eine ungewöhnliche Ansammlung von Hausfassaden mit Türen, Fenstern, Luken und der Möglichkeit für überraschende Auftritte und Abgänge. Und dabei Geschichten! Geschichten! Immer wieder Geschichten! Präzise und sensibel in Szene gesetzt. Ein origineller und unterhaltsam-verwirrender Beitrag zur Form des Erzähltheaters (ab 16).

»Die kleinen Füchse«, ein Stück von 1939, wird in der **Schaubühne** sorglichst inszeniert, durchweg ernst-bedeutungsvoll, Tragödie atmend. Eigentlich aber unbedeutend: ein Streit zwischen Geschwistern um väterliches Erbe, um den Einstieg in große Geschäfte – von der Dramaturgie vielleicht geplant als Beitrag zu Spätkapitalismus und Bankenkrise. Ich dachte während der Aufführung sehnsüchtig an den großen Fuchs »Volpone« des Ben Jonson und an Molière. Eine Komödie oder Farce – das wäre es gewesen.

PS: *»Kling, kleines Ding«*, ein munteres musikalisches Spiel (ab 2) im **Theater o.N.**; ausführlicher dazu im Rahmen einer genaueren Darstellung dieser noch relativ neuen Form eines »Theaters für die Allerkleinsten«. Und noch ein PS: *»Raus mit der Sprache«*, gespielt von der **Spielwerkstatt** im Haus der Jugend Charlottenburg. Mehr dazu unter dem Stichwort »Kindertheater und Curriculum«. *Hans-Wolfgang Nickel*

FORTBILDUNG

Krippenfachtag 2014
Beim Krippenfachtag am 11. April von 9 Uhr bis 18 Uhr geht es darum, aus der Praxis stammende Ideen in Workshops und Gesprächsrunden weiterzugeben und praktische Methoden auszuprobieren. Anmeldung zu den Workshops und weitere Informationen unter www.klax-institut.de/termine/fachtage

Was heißt Literacy und wie wird sie erworben?
Wörter, Bilder und Schrift begleiten die Entwicklung unserer Kinder von Geburt an. Die Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich in der Schule ausdrücken zu können, ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulabschluss. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ein 400 Millionen teures Programm zur Sprachförderung und Integration von Kindern unter dem Titel »Frühe Chancen« aufgelegt. Konkret geht es um den Erwerb von Kompetenzen rund um Buch-, Erzähl-, Bild- und Schriftkultur und die Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung. Das Symposium soll die Frage klären, wie Literacy-Erziehung sinnvoll in die pädagogischen

Konzepte eingebaut werden kann und über welche Qualifikationen Eltern und ErzieherInnen verfügen sollten. Das Symposium findet in Rahmen der Leipziger Buchmesse am 15. März 2014 von 10.30 bis 13.30 Uhr statt und wird von Regina Pantos geleitet. Die Teilnahme ist kostenlos.

Konflikte szenisch aufarbeiten
Diese Fortbildung für Lehrkräfte vermittelt Einblicke in die Vielfalt theaterpädagogischer Methoden zur Gewaltprävention und Konfliktklärung. Grundlage sind szenische Vorlagen aus dem Spielplan, die Konflikte und Eskalations-Situationen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen thematisieren. Es werden verschiedene Lösungssätze spielerisch und sinnlich-kreativ erprobt und im Hinblick auf ihre Umsetzung in die konkrete Konfliktsituation reflektiert. Termine: 26. März, 2. und 9. April 2014, jeweils 15 bis 18 Uhr und ein Theaterbesuch nach Absprache. Leitung: Ursula Jenni, Infos und Anmeldung: 030 695 99 222, STRAHL Probebühne, Kyffhäuser Str. 23, Berlin-Schöneberg

Systemische Pädagogik als humanistische Praxis – Konstruktionen der Freiheit
Die Fachtagung findet am 8. und 9. Mai 2014 in Berlin statt. Die Tagung richtet sich an PädagogInnen und die interessierte Fachöffentlichkeit. Veranstalter ist das isbp-Institut für systemische Beratung und Pädagogik an der Humanistischen Akademie Berlin–Brandenburg und das Ausbildungsinstitut für HLK Berlin. Infos und Anmeldung: Humanistischer Verband Deutschlands, Bereich Lebenskunde, Wallstraße 65, 10179 Berlin oder m.jirkowsky@hvd-bb.de Internet: www.isbp-berlin.de

Montessori-Freiarbeitskurs
Die Montessori-Pädagogik bietet ErzieherInnen und LehrerInnen bewährte Modelle für individualisiertes, anspruchsvolles Lernen. Überholte Trennungen zwischen Kindergarten und Grundschule werden aufgehoben. Der Jahreskurs vermittelt Grundschullehrkräften Grundkenntnisse für einen binnendifferenzierten Unterricht, inklusives Arbeiten und Freiarbeit. Ein erfahrenes Team aus einem Kinderhaus, einer Integrationsschule und einem Förderzentrum wird die Grundgedanken der Montessori-Pädagogik authentisch, kritisch und erfahrungsbezogen vermitteln. Ermäßigungen für Studierende und ReferendarInnen. Termine und Anmeldung unter www.montessori-freiarbeit.de

MATERIALIEN

Werbung durch die Hintertür
Nicht alles, was im Internet-Lexikon Wikipedia steht, ist richtig. Die beliebte Nachschlage-Datenbank wird auch von Unternehmen und ihren Werbe- und PR-Abteilungen im eigenen Interesse manipuliert. Der Journalist Marvin Oppong untersuchte im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung das System Wikipedia. Sein Fazit: Die internen Strukturen der Mitmach-Enzyklopädie seien nicht in der Lage, »PR effektiv zu verhindern und Manipulationen zu unterbinden«. Die Studie »Verdeckte PR in Wikipedia – das Weltwissen im Visier von Unternehmen« gibt es kostenlos über die Stiftung – auch als Download. Schon im Sommer 2013 ist ebenfalls als OBS-Arbeitsheft die Untersuchung »Der Partizipationsmythos. Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen« erschienen: »Verbände und Parteien nutzen soziale Medien vorwiegend für Verlautbarungen und Einweg-Kommunikation«. So lautet das Ergebnis einer Untersuchung der Ostfalia Hochschule. Die Hefte können bestellt oder heruntergeladen werden über die Internetseite der Otto-Brenner-Stiftung: www.otto-brenner-stiftung.de

Familienernährerinnen
Schon lange sind Frauen keine Zuverdienerinnen mehr. Immer öfter bringen sie den größeren Anteil des Familieneinkommens nach Hause. Jeder fünfte Mehrpersonenhaushalt in Deutschland wird inzwischen von ihrem Einkommen ernährt. Trotzdem bleibt der Großteil unbezahlter Familienarbeit oft noch zusätzlich an den berufstätigen Frauen hängen. Das DGB-Projekt »Familienernährerinnen« hat jetzt eine Broschüre vorgelegt, die sich insbesondere an betriebliche Interessenvertretungen wendet. In der Broschüre finden sich beispielhafte Portraits, aber auch konkrete Handlungsempfehlungen für Gewerkschaften und Betriebe: Mareike Richter, Carolin Häberlein: Was tun, wenn Frauen die Familie ernähren? Herausgegeben von der Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik des DGB-Bundesvorstands, Berlin 2014. Die Broschüre kann unter www.familienernaehrerin.de heruntergeladen werden.

Lobbyismus an Schulen
Ein Diskussionspapier über Einflussnahme auf den Unterricht und was man dagegen tun kann: Lobbyisten haben die Schule als Handlungsfeld für sich entdeckt. Sie erstellen Unterrichtsmaterialien, veranstalten Schulwettbewerbe oder bilden Lehrer fort. Dabei geht es nicht um Erkenntnis oder Bildung, sondern um Meinungsmache. In diesem Diskussionspapier wird gezeigt, wie Lobbyismus an Schulen aussieht und warum er ein Problem ist. Die AutorInnen machen Vorschläge, was Lehrkräfte, Eltern und SchülerInnen dagegen tun können, und wie die Politik handeln sollte. Das Diskussionspapier vom April 2013 bestellen oder herunterladen: www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf

Transgeschlechtlichkeit als Thema bei Kindern und Jugendlichen
Wenn Kinder nicht den Geschlechtsrollenerwartungen der Umwelt entsprechen, kann es zu Konflikten kommen, die sie und ihre Familien belasten können. Für Jugendliche, deren inneres Empfinden nicht mit dem biologischen Geschlecht übereinstimmt, ist Ausgrenzung eine alltägliche Erfahrung. In der 120-seitigen Broschüre der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geht es um Fachwissen über Geschlechtserleben, rechtliche Fragen und qualifizierte pädagogische Begleitung in Schule, Jugendhilfe und Beratungsstellen. Sie richtet sich an Eltern, pädagogische und psychologische Fachkräfte und alle Interessierten. Die barrierefreie Broschüre kann im Internet unter www.berlin.de/lads/gglw/publikationen heruntergeladen werden. Die kostenfreie Druckversion ist erhältlich über: Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS), Oranienstraße 106, 10969 Berlin, oder per Mail an broschuerenstelle@senaif.berlin.de bzw. telefonisch unter 030 9028 1866

AKTIVITÄTEN

Literaturkurse an Schulen und Autorenlesungen für Schulklassen
Die LiteraturInitiative Berlin bietet ganzjährig ein Kurs- und Veranstaltungsangebot für Kinder, Jugendliche, Schulen und Familien. Interessierte Berliner Grundschulen sowie weiterführende Schulen können sich für die in Zusammenarbeit mit dem Schlosspark Theater Berlin initiierte Veranstaltungsreihe eintrittsfreier Autorenlesungen für Schulen anmelden. Die nächste kostenlose Lesung ist am 27. März um 11 Uhr im Schlosspark Theater Steglitz mit dem Jugendbuchautor David Safier aus *28 Tage lang* (Neuerscheinung). Ab Klassenstufe 9; Voranmeldung erforderlich: Email: gesa.hamer@literaturinitiative.de oder telefonisch: 030 – 83 43 504. Außerdem bietet die Initiative Literaturkurse im Rahmen des Nachmittagsangebotes in den Räumen der Schulen an. Einmal wöchentlich treffen sich dort 7-10 SchülerInnen einer Altersstufe. Die lesehungrigen SchülerInnen können in diesen kostenpflichtigen Kursen aktuelle Kinder- und Jugendbücher auch für Zuhause ausleihen, Buchtipps verfassen. Auf Anfrage stellt die LiteraturInitiative ihr Kursangebot an interessierten Schulen vor. Kontakt: LiteraturInitiative Berlin, Geschäftsführung: Birgit Murke, Tel.: 030/8343504 oder E-Mail: bir-

git.murke@literaturinitiative.de. Weitere Infos unter www.literaturinitiative.de

Zukunftstag 2014
Mädchen ab der 5. Klasse können sich am Girls'Day über männerdominierte Berufe – von der Bauingenieurin bis zur Werkstoffprüferin – informieren. Dieses Jahr bereits am 27. März, da die Osterferien in den April fallen. Die Schülerinnen erleben in Laboren, Werkstätten, Büros und Plenarsälen, wie spannend die Arbeit dort ist. Der DGB ist Aktionspartner des Mädchen-Zukunftstages. 2013 nahmen über 100 000 junge Frauen das Angebot wahr, 9.200 Unternehmen aus Technik, Wirtschaft und Politik beteiligten sich. Weitere Informationen unter www.berlin.de/sen/frauen/bildung/girls-day

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste!

Junge Alte
14. März 2014: Benefizkonzert für ein Straßenkinder-Projekt in Peru mit IG Peng, GEW-Chor: Treff um 18. 30 Uhr Ruppin-Grundschule, Offenbacher Str. 5 A (Nähe Bundesplatz)

7. April 2014: Postkolonialer Spaziergang durch das Afrikanische Viertel mit Führung: 10.30 Uhr U-Bahnhof Afrikanische Straße (Ausgang Richtung Afrikanische Straße)

6. Mai 2014: Lunchkonzert in der Philharmonie, anschließend Wanderung im Tiergarten (Denkmäler und Botschaften). Um 12 Uhr Foyer der Philharmonie (kostenlos, Sitzkissen empfehlenswert)

BSA Friedrichshain-Kreuzberg
26. März 2014: Kaffeeklatsch zum Frauentag. Um 10 Uhr Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72 (Anmeldung bei Harald Berger, Tel. 555 63 60)

30. April 2014: Fahrt zum Blütenfest nach Werder. Treff um 10 Uhr in Werder, Bahnhofsvorplatz

BSA Lichtenberg
20. März 2014: Historische Führung Karl-Marx-Allee, Kosten 5 Euro. Treff um 9.45 Uhr Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72

8. April 2014: Besichtigung des Deutsch-Russischen Museums, Führung 3 Euro. Treff um 10 Uhr S-Bahnhof Karlshorst, Vorplatz Treskowallee/Stolzenfelsstr. (Die Führung beginnt 10.30 Uhr)

14. Mai 2014: Wanderung durch den Fennpark, den Volkspark und den Rudolf-Wilde-Park zum Schöneberger Rathaus. Treff um10 Uhr S-Bahnhof Heidelberger Platz (auf dem Bahnsteig)

BSA Pankow
15. April 2014: Führung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Eintritt frei). Treff um 13.30 Uhr Stauffenbergstraße 13-14, Tiergarten, vor dem Haus

13. Mai 2014: Führung durch den Prenzlauer Berg mit Frau Friedrich: »Rechts und links der Prenzlauer Allee – von Sehenswert bis Kulturerbe«, Kosten 3 Euro. Treff um 10.30 Uhr S-Bahnhof Prenzlauer Allee (Bahnhofshalle)

Chor und Singkreis
Jeweils von 17 bis 19 Uhr am: 12.+19. März/ 9.+ 16. April: Chor. 26. März + 2. /23. April + 7. Mai: Singkreis – 300

Stammtisch
Achtung: In Planung … ist ein »Stammtisch für fortgeschrittene RuheständlerInnen«. Wer eingeladen werden möchte, melde sich bitte bei Monika Rebitzki und Reinhard Selka: E-Mail monika.rebitzki@arcor.de oder reinhard.selka@arcor.de, Telefon: 4716174

INTERNET

Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg empfiehlt
http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/newsletter
• **Aufgabenbrowser** – eigene Aufgabensammlungen erstellen: Der Aufgabenbrowser stellt aktuelle und ältere VERA-Aufgaben zur Verfügung. Das Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg ISQ hat seinen Aufgabenbrowser nun optimiert. Alle Aufgaben enthalten jetzt detaillierte Informationen zu den Kompetenzstufen sowie didaktische Hinweise. Lehrkräfte können vorgefertigte Aufgabenhefte herunterladen und für den Unterricht ausdrucken oder aber passende Aufgaben für den individuellen Lernstand ihrer Schülerinnen und Schüler zusammenstellen. *www.isq-bb.de/Aufgabenbrowser. 205.0.html*
• **WM-Spezial** zur Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien: Am 12. Juni startet die Fußballweltmeisterschaft mit dem Eröffnungsspiel in São Paulo. Anregungen für den Unterricht sind im WM-Spezial zusammengestellt: *http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5532e1c0919.html*

Der neue Fachbrief Nr. 17 (Januar 2014) »Durchgängige Sprachbildung – Deutsch als Zweitsprache« im Internet unter »Materialien für Lehrkräfte«. *www.berlin.de/sen/bildung/foerderung/sprachfoerderung*

Lobbyismus: Wie weit ist der Lobbyismus bereits in deutsche Klassenzimmer vorgedrungen? Die Verbraucherzentrale Bundesverband hat im Januar 2014 Bildungsmedien verschiedener Anbieter und Interessenvertreter zu den Themen Finanz- und Medienkompetenz, Nachhaltiger Konsum und Ernährung untersucht. Die vollständige Studie kann man sich herunterladen. *www.verbraucherbildung.de/4987.html*

Ein neues Filmportal der Bundesagentur für Arbeit im Internet berät junge Menschen bei der Berufswahl. Auf BERUFE.TV zeigen mehr als 350 Filme, was Auszubildende in verschiedenen Ausbildungsberufen erwartet – von der Anästhesietechnischen Assistentin bis zum Segelmacher. Zudem bietet das Portal Orientierung bei der Studienwahl und zeigt, was bei Bewerbungen zu beachten ist. *www.berufe.tv*

Aktualisierter Beschluss der KMK zur Interkulturelle Bildung: *www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1996/1996_10_25-Interkulturelle-Bildung.pdf*

KLASSE n REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland	
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg	
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...	

Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...

Tel. 030/3030836

KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!

Klinik am Leisberg BADEN-BADEN

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

LockeToursBerlin

Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

www.locketours.de

Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...
Mehringdamm 66 Mo-Fr 10-20 Uhr
10961 Berlin Sa 10-18 Uhr
030/789 51 797 extrabuch@t-online.de

BUSART-TOURS GmbH
/...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2014
- Gekonnter Smalltalk / Clever Kontern
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- The Vocal Project - Improvisation und Singen
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Mediation in Diversity
Schülermediationsausbildung
nach Standards des Bundesverbandes BM
mediation-in-diversity@gmx.info
S. Kanis 030 / 33 98 81 51

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

Besorgen Sie sich jetzt Blütenbuttons!
Ideal für Feiern wie Frühlings- und Sommerfeste in Schule oder Kita.
Die schönsten Buttons machen Sie jetzt selbst!
Nur bei uns erhältlich!
Wir verkaufen und verleihen auch Maschinen, Material und Zubehör.
Mehr Infos unter:
www.graph-druckula.de
Mail: info@graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin · Fon (030) 694 016 20 · Fax 694 016 25

Ihre Farbanzeige in der *blz*
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

11.MRZ	18.30 Uhr	**Landesstudierendenauschuss**	Raum 47
	18.30 Uhr	**LAMA**	Raum 300
17. MRZ	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 47
18. MRZ	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 300
19. MRZ	11.00 Uhr	**LandesseniorInnenausschuss**	Raum 33
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 34
20. MRZ	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
26. MRZ	16.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 34
01. APR.	19.00 uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
03. APR.	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32
08. APR.	16.30 Uhr	**Runder Tisch Gemeinschaftsschule**	Raum 34
	18.30 Uhr	**LAMA**	Raum 33
09. APR:	17. 00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
16. APR.	11.00 Uhr	**LandesseniorInnenausschuss**	Raum 33
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
28. APR.	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
30. APR.	16.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 300
05. MAI	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 34
06. MAI	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 300

BENEFIZKONZERT

Zugunsten des Kinderhilfswerkes »Ayudame« in Arequipa/Peru findet am **14. März 2014 um 18.30 Uhr** ein Konzert in der Ruppin-Grundschule, Offenbacher Straße 5a, statt. Mit peruanischer Musik, Film und einem Auftritt des GEW-Chors und des Chors IG-Peng. Eintritt frei, Spenden erbeten.

INFO-VERANSTALTUNG ZUM REFERENDARIAT

Themen: Aktuelle Einstellungssituation ins Referendariat; Auswahlverfahren; Wie läuft das Referendariat ab? Neuregelungen: modularisierte Ausbildung; Tipps zum Geld, zur Krankenversicherung, zu Nebenjobs, zu Schwangerschaft und Elternzeit ... am **Mittwoch, 2. April 2014 um 17 Uhr** im GEW-Haus. Das Referendariat im Internet: www.gew-berlin.de/referendariat.php
Werdet aktiv in der Jungen GEW Berlin! Termine und mehr unter www.gew-berlin.de/junge-gew.php

GEW-RADTOUR

Die diesjährige Frühjahresradtour der GEW findet am **Samstag, 10. Mai** statt. Ein Ziel wird noch bekanntgegeben. Anmeldungen über umtriebe@web.de oder info@gew-berlin.de

EQUAL-PAY-DAY: »RECHT AUF MEHR!«

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Frauenrat & Sozialverband Deutschland rufen auf zu einer gemeinsamen Kundgebung am **21. März 2014 von 12 bis 14 Uhr**, Brandenburger Tor 10117 Berlin, Pariser Platz. RednerInnen: Michael Sommer, Vorsitzender des DGB, Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Edda Schliepack, Mitglied im Präsidium des SoVD, Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Elke Hannack, stv. Vorsitzende DGB, Manuela Schwesig, Bundesministerin Familien, Senioren, Frauen und Jugend und Vertreter/innen der im Bundestag vertretenen Parteien.

Heraus zum 1. Mai 2014 FOTO: H. SCHURIG